

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die 5gepaltene Petit-
zeile 40 Pf.
Telefon Nr. 535

Schriftleitung:
Quisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittags 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementsbestellungen
u. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

„Erfreuliche Perspektiven für die Arbeit- geberschaft.“

Zu diesem für sie erfreulichen Resultat gelangt die Arbeitgeber-Zeitung. Es muß gewiß schon etwas bedeutendes und wichtiges sein, welches der Genannten diesen Freudenruf entlockt. Der geheime Herzenswunsch, „Schadenersatzansprüche“ aus dem Lohnkampf bei den Arbeiterverbänden — insbesondere bei der durch Gesetz zu erwartenden Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zur Geltung zu bringen; andererseits aber die Verfehlung der Arbeiter durch schwarze Listen der Arbeitgeber, vom Schadenersatz zu befreien. Ein Herr Dr. R. von Broecker-Hamburg hat sich im Schwelge seines Angefichtes bemüht, der Arbeitgeberzeitung und seinen Auftraggebern zu dienen. Derselbe hat eine Broschüre zusammengeschrieben, betitelt: „Schadenersatzansprüche aus dem Lohnkampf mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts „Hamburg“, Verlag von Schröder und Jenz. Die Arbeitgeberzeitung begrüßt die Broschüre und meint: „Eine zusammenhängende Prüfung der Frage: wie weit vom Zivilrichter den Ansprüchen der Arbeitgeber bezw. Arbeitnehmer auf Entschädigung für die durch Streik, Aussperrung oder Boykott entstandenen wirtschaftlichen Einbuße stattzugeben ist, hat in der juristisch-nationalökonomischen Literatur bisher noch nicht vorgelegen. Die kleine Schrift ist deshalb freudig zu begrüßen.“ Der Verfasser bemüht sich dann, nachzuweisen, daß der Standpunkt des Reichsgerichts, Arbeitgeber für Verfehlung von Arbeitern durch schwarze Listen schadenersatzpflichtig zu machen, also unter dem Begriff „Verurteilung“ gegen die guten Sitten verstoßend, juristisch nicht haltbar sei, es heißt dann:

Wenn ein Arbeiter auf die bezügliche „schwarze Liste“ eines Arbeitgeberverbandes gesetzt wird, so ist damit schwerlich beabsichtigt, seine Persönlichkeit im Kreise der Arbeitgeber, für den allein doch die Publikation bestimmt ist, herabzusetzen. Ja, bei der Verschiedenheit der gesellschaftlichen Stellung wird eine solche Herabsetzung der Persönlichkeit des Arbeiters unter Umständen nicht einmal objektiv festgestellt werden können; natürlich muß der einzelne Fall entscheiden. Ganz allgemein geht die Ansicht der Arbeitgeber nur darauf, sich über die Persönlichkeit der für sie in Betracht kommenden Arbeiter zu informieren. Und lediglich, weil dieses auf dem Wege der Listen am besten erreichbar ist, wird dieser Weg am besten von ihnen eingeschlagen. Dazu kommt, daß das Selbstgefühl der geachteten Person im Lohnkampf im Zweifel bei den Betroffenen nie die Empfindung hervorrufen wird, als sei er durch die betreffende Maßregel in seiner Ehre gekränkt bezw. seine Persönlichkeit sonst herabgesetzt.“

Man sieht, Herr Broecker läßt es an juristischen Spitzfindigkeiten nicht fehlen, um die schwarzen Listen möglichst harmlos — nur zur „Information“ erscheinen zu lassen. Damit dürfte derselbe nun doch wohl vorbeigeschossen haben. Nicht zur Information dienen diese Urteilsbriefe, etwa, ob der Arbeiter ein fleißiger, nüchtern, zuverlässiger, tüchtiger Facharbeiter ist, ob derselbe blau oder schwarz, groß oder klein, schön oder häßlich ist, sondern sie sollen den Arbeiter von der Arbeit fernhalten, also wirtschaftlich ruinieren, auch wenn derselbe persönlich noch so brav, fleißig, tüchtig, nüchtern und zuverlässig ist.

Das Schlimmste aber ist, daß der Arbeiter meistens gar nicht einmal von seiner Verfehlung etwas erfährt, oder ein Mittel in der Hand hätte,

das im Wege stehende Hindernis zu beseitigen; daß dies alles nicht gegen die guten Sitten verstoßen sollte, dürfte doch nur Herr Broecker ausgeflügelt haben. Ebenso hinfällig ist die Annahme, die Verurteilung könne nur auf eine persönliche Ehrverletzung zurückgeführt werden. Verurteilung ist schließlich alles, was auf eine öffentliche moralische oder materielle Schädigung des andern Teiles hinausläuft. Diese Schädigung ist aber um so größer und verwerflicher, wenn dieselbe im geheimen geschieht, ohne daß der Betroffene davon Kenntnis erhält, oder ein scheinbares begangenes Unrecht gut zu machen in der Lage wäre. Das Bestreben Broeckers ist, den Herrn Arbeitgebern Wege zu zeigen, wie sie die Kampfmittel verwenden können, ohne der Gefahr einer Ersatzpflicht ausgesetzt zu werden. Es wird eine Erkenntnis des Reichsgerichts zitiert, in welchem es heißt:

„daß es für die Kennzeichnung der dort erfolgten zeitlich unbegrenzten Arbeitsperre (Boycott) über den Kläger als eine gegen die guten Sitten verstoßende Handlung unerheblich sei, daß von dem Verbands die dauernde Sperre nur unter der Voraussetzung des Widerrufs beschlossen und nach Verlauf einiger Zeit, wenn der Boykott, sein Unrecht einsehend, darum bittet, zuweilen auch von Amts wegen wieder aufgehoben wird, wenn die Umstände danach angetan sind. An der Unbilligkeit und der daraus folgenden Unrechtmäßigkeit (Paragraph 826 BGB.) einer Maßnahme ändere sich nichts dadurch, daß derjenige, welcher sie vornimmt, sich innerlich vorbehalte, sie vielleicht später, sei es aus eigenem Antrieb, oder auf besonderes Ansuchen des Betroffenen, gewissermaßen aus Gnade wieder aufzuheben.“

Man wird in der Annahme nicht fehl gehen, daß das Reichsgericht das Vorliegen eines Verstoßes gegen die guten Sitten verneint haben würde, wenn die Schädigung ihrer ganzen Natur nach eine ungleich billigere gewesen wäre, zum Beispiel infolge von vornherein festgesetzter zeitlicher Begrenzung. Der Zweck, der mit dem Verbot des Arbeitgebens an den Boykottierten erreicht werden soll, würde ja wahrscheinlich auch mit dieser Modalität des Boykotts erreicht werden, da die Maßregelung naturgemäß in der ersten Zeit, solange der Arbeiter noch Arbeit sucht, sich besonders bemerkbar machen wird. Solche begrenzten Beschränkungen wirtschaftlicher Freiheit sind zweifellos nicht nur vertraglich (Konkurrenzklause), sondern auch außervertraglich als Wahrnehmung berechtigter Interessen zulässig.“

Der Gedanke wäre riesig geachtet, wenn er nicht allzu dumm wäre. Die Herren Arbeitgeber brauchen dann in ihren schwarzen Listen nur zu bestimmen: „genannte Personen sind für drei oder acht Tage nicht in Arbeit zu nehmen.“ Ein stillschweigendes Übereinkommen kann den Zeitpunkt ja auf ein halbes Jahr ausdehnen, denn das Wichtigste, die Kenntlichmachung der Personen, wäre ja erreicht und wäre dadurch von jeglicher Schadenersatzpflicht entbunden. Zum Reichsgericht als oberste Instanz haben wir das Vertrauen, daß es sich in diesen Schlingen nicht verstricken wird.

Die Arbeitgeberzeitung ist denn auch über den juristischen Scharfsinn des Herrn Broecker ganz entzückt, indem sie ausruft:

Das sind recht erfreuliche Perspektiven, die sich der Arbeitgeberschaft hier eröffnen. Und zu ebensovünstigen Resultaten gelangt der Verfasser in der Frage des Ersatzes für Streikschaden. Von dem Begriff der „Wahrnehmung berechtigter Interessen“ ausgehend, kommt er zu dem Schluß, daß eine auf Paragraph 826 BGB. sich grün-

dende Ersatzpflichtung der Arbeiter und ihrer Organisation in viel weiterem Umfange nach dem Gesetz möglich erscheint, als das bisher insonderheit seitens der Arbeitgeber angenommen worden ist. Mit dem Bedauern, daß seitens der Arbeitgeber verjäumt worden ist, prinzipielle Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes zu provozieren, verbindet er die auf die bisherige Rechtsprechung des Reichsgerichts in Prozessen gegen Arbeitgeber gestützte Zuversicht, das Reichsgericht werde den berechtigten Ansprüchen auf dieser Seite Kämpfenden (also Arbeitgeber) ebenso gerecht werden, wie es den Ansprüchen der Arbeitnehmer bereits gerecht geworden ist.

Gastbarmachung der Arbeiterorganisationen für Streikschaden der Arbeitgeber und Beseitigung der Ersatzpflicht der Unternehmer ist das Ziel, für das sich das Unternehmertum einen schönen Stüber Geldes kosten läßt.

Die Herren gehen wohl von der Annahme aus, daß dann alles auf die Arbeiter abgewälzt werden könnte. Die Arbeiter haben allen Grund, besonders bei Verleihung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine auf ihrer Hut zu sein, damit sie nicht mit einem Dankergeschenk beglückt werden.

Arbeitslöhne und Lebenshaltung.

Zu dem beliebten Kapitel: „Der Steigung der Arbeitslöhne“ schreibt der volkswirtschaftliche Schriftsteller R. Galver in „Handel und Wandel“:

Es gewiß das Einkommen der Arbeiterbevölkerung im Jahre 1905 nun auch gewachsen ist und infolge davon auch der Warenverkehr beträchtlich zugenommen hat, so sicher ist es auch, daß keine andere Bevölkerungsschicht von den Preiserhöhungen am Warenmarkt so scharf getroffen wurde wie die Arbeiter. Der Mehrerwerb des Jahres ist infolge der teureren Lebensmittelpreise bis zu einem ziemlich hohen Prozentsatz illusorisch gemacht worden. Nach ziemlich zuverlässigen Berechnungen haben sich allein die Kosten der Ernährung für Arbeiter um etwa 8 Prozent gegen 1904 erhöht; berücksichtigt man die übrigen Preissteigerungen, die sich auch wieder bei den Mieten bemerkbar machten, so wird man kaum zu hoch greifen, wenn man die Steigerung der Haushaltskosten auf 10 Proz. beziffert. Bei einem Jahresverdienst von 1000 Mk. macht das 100 Mk. im Jahre. Eine Arbeiterfamilie, die 1904 1000 Mk. ausgab, mußte, um im Jahre 1905 genau so zu leben wie 1904, 1100 Mk. verdienen. Erst, was sie darüber verdiente, ist als wirklicher Mehrerwerb anzusehen. Nun soll keineswegs bestritten werden, daß in zahlreichen Gewerben der vollbeschäftigte Arbeiter durchschnittlich über 10 Mk. monatlich mehr verdiente als 1904, daß also auch eine tatsächliche Konsumsteigerung im Jahre 1905 noch möglich war, aber im Gegensatz zu der Rentabilität in der Industrie und im Handel, im Verhältnis zu der gegen 1904 gesteigerten Arbeitsleistung bleibt die Besserung, die das Jahr 1905 den Arbeitern gebracht hat, ungenügend. Gerade in der Konsumsteigerung der Arbeiterbevölkerung liegt heutzutage ein Haupthebel wirtschaftlichen Fortschritts; eine Schwächung dieses Konsums beeinträchtigt den Geschäftsgang in allen Industriezweigen, während eine Stärkung die Warenerzeugung belebt. Auch eine zu geringe Steigerung des Konsums kann auf den Wirtschaftsorganismus eines Industrielandes nachteilig wirken, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Fortdauer der günstigen Konjunktur im Jahre 1906 gerade auf eine Zunahme des Konsums der Arbeiterbevölkerung angewiesen ist. In diesem Falle würde es sich aber

Alter rächen, daß ein großer Teil des Mehreinkommens der Arbeitbevölkerung im Jahre 1905 durch die Preiserhöhungen am Warenmarkte absorbiert wurde und nicht zu einer Steigerung der Umsatzen verwendet werden konnte.

Aus obigen Angaben ist ersichtlich, daß die Mehreinkommen der Arbeiter wieder durch verteuerte Lebensmittel vollständig aufgezehrt wurden, so daß die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter um keinen Jota sich steigerte. Im übrigen ist es aber auch nicht wahr, daß alle Arbeiter eine Lohnerhöhung erfahren haben. Es gibt 100., tausende von Arbeitern, deren Einkommen sich um keinen Pfennig verbessert hat, bei denen aber die Lebensmittelvermehrung in gleicher Weise fühlbar ist. Bei diesen Arbeitern hat sich also die Lebenshaltung um 10 Prozent verschlechtert, trotz günstiger Wirtschaftsverhältnisse.

Was geht die Metallarbeiter Marokko an?

Zu diesem in gegenwärtiger Zeit etwas heikler Kapitel schreibt das „Richt“:

„Sollte die Bedeutung und die weitere Entwicklung unserer deutschen Metallindustrie nicht in Frage gestellt werden, so muß die „Erz-Frage“ in zufriedenstellender Weise gelöst werden. Einen Einblick darin, was auf dem Spiele steht, gewähren folgende Zahlen. In der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie wurden 1895 1,25 Millionen Erwerbstätige mit 3,19 Millionen Angehörigen gezählt. Gegenwärtig schätzt man die Zahlen auf 1,95 Millionen Erwerbstätige mit 4,9 Millionen Angehörigen. Der Absatz von Fabrikaten, nach dem Auslande betrug rund 1000 Millionen Mk. Die Gesamtproduktion schätzte man 1897 auf 2 1/4 Milliarden Mark. Dem steht nun die nackte Tatsache gegenüber, daß der deutsche Erzbergbau nicht imstande ist, das Erzbedürfnis dieser gewaltigen Metallindustrie zu befriedigen. Fachleute schätzen, daß die Erzvorräte zu Ende dieses Jahrhunderts ziemlich erschöpft sein werden. (In England und Frankreich wird die Erschöpfung noch früher eintreten.)

Deutschland muß also Rohmaterial kaufen, will es seine Metallindustrie weiter entwickeln. Die Erzproduktionsländer werden sich ihrer wertvollen Schätze immer mehr bewußt und die auf ausländisches Erz angewiesenen Länder suchen sich möglichst Erzvorräte zu sichern. 1905 führte Deutschland 60 Millionen Doppelzentner Eisenerz ein. Unser hauptsächlichster Lieferant war Spanien. Schweden lieferte 16 1/2 Millionen Doppelzentner — also etwa den vierten Teil unserer Einfuhr. Nun geht Schweden damit ernstlich um, einen Ausfuhrzoll auf Erz zu legen. Im schwedischen Parlament liegen entsprechende Anträge vor und der dortige Minister des Aeußeren erklärte auf eine Interpellation, daß die schwedische Regierung hinsichtlich der Aufhebung des Ausfuhrzolles auf Eisenerz vollkommene Handlungsfreiheit habe. Demnach dürfte der Zoll in ziemlich nahe gerückt sein. Die Schweden kalkulieren so, daß es für Schweden rentabler sei, statt Erz auszuführen, Kohle einzuführen, dann das Erz im Inlande zu verhütten, zu Stahl zu verarbeiten, und diesen auszuführen. Dadurch bleibt die Arbeit im Lande. Man kann den Schweden nicht ganz unrecht geben, auch wenn die sich dadurch für uns Deutsche eröffnende Aussicht gerade nicht sehr angenehm ist. Behalten wir in Marokko die „offene Tür“, so dürfte der schwedische Ausfuhrzoll nebst Verhüttungsprojekten uns nicht allzu sehr berühren. Denn dann können wir unsern Erzbedarf aus dem überaus ergiebigen Marokko decken. Aus der Situation, die die Zukunft unserer Metallindustrie bringen kann, wenn uns die Erzvorräte Marokkos verschlossen würden, erklären wir die Bedeutung der Marokkofrage, nicht nur für den Handel, sondern für die an der Metallindustrie interessierten Millionen deutscher Arbeiter und ihrer Angehörigen. Angesichts dieser Tatsachen ist die Stellung der Sozialdemokratie zur Marokkofrage arbeiterfeindlich, wenn nicht direkt dumme, und ihr Kampf gegen die Vermehrung unserer deutschen Seemacht zeugt von Verstandlosigkeit sondergleichen für nationale und gewerkschaftliche Arbeiterinteressenpolitik. Denn ohne genügende Seemacht kann Deutschland seine Absatzgebiete nicht erhalten noch vermehren, aber auch seiner Industrie die Rohstoffvorräte der Welt nicht zugänglich machen. Deutschlands Arbeiter brauchen Kriegsschiffe, um ihren Kindern Arbeit, Brot und Freiheit zu sichern.“

Die Frage: ob Deutschlands Eisenindustrie bezüglich der Erzversorgung auf Marokko angewiesen ist, dürfte zurzeit noch nicht genügend geklärt sein, um ein endgültiges Urteil abgeben zu können.

Mit der einen Ausführung, daß Deutschlands Arbeiter Kriegsschiffe brauchen, um ihren Kindern Arbeit, Brot und Freiheit zu sichern, können wir uns schon einverstanden erklären. Deutschland ist eben ein Industriestaat geworden, welcher die Konkurrenz der ganzen Welt zu bestehen hat, Deutschlands Landwirtschaft kann der Bevölkerung nicht mehr genügend Arbeit und Brot verschaffen.

Der neue Zolltarif und die Steigerung des Bodenpreises.

Daß die Erhöhung der ländlichen Produkte durch den neuen Zolltarif wesentlich nur eine momentane Erhöhung des Bodenpreises, also vorwiegend den jetzigen Besitzern nur zu gute kommen werde, wurde von den Gegnern des Tarifes wiederholt festgestellt. Ein Beweis obiger Behauptung wird jetzt in einer Reihe Güterverkäufe in Ostpreußen erbracht. Das Berliner Tageblatt wußte folgende Güterverkäufe zu melden:

1. Das dem Grafen Schimmelmann gehörende Gut Erlenthal im Kreise Schildberg wurde von diesem vor mehreren Jahren mit 217 500 Mk. bezahlt, in diesem Jahre erhielt er 450 500 Mk.

2. Besitzer Peters in Ludwigshorst, Kreis Gnesen, kaufte vor fünf Jahren sein Gut für 65 000 Mark, vor ein paar Monaten erhielt er 116 000 Mark.

3. Besitzer Börsche kaufte vor ein paar Jahren sein Gut Ritters bei Pletsteden im Kreise Mohrungen für 64 000 Mark und erhielt vor ein paar Monaten von Herrn Dreher aus Roppe 83 000 Mk.

4. Herr Besitzer Wandtke hat sein 1050 Morgen großes Gut Klein-Dabenz im Kreise Rosenberg für 220 000 Mark an Herrn Schulz verkauft; für dieses Gut wurden vor zwei Jahren nur 165 000 Mark bezahlt.

5. Herr Schwach in Hohenrich bei Strelno hat sein 110 Morgen großes Grundstück für 72 000 Mark an Herrn Bechtold verkauft, im Juli vorigen Jahres war der Erwerbswert 66 000 Mk.

6. Besitzer Martin Kossowski in Padowo bei Schwarzenau hat sein Gut mit einem Gewinne von 60 000 Mk. verkauft; Herr Kossowski war nur wenige Jahre Besitzer dieses Gutes.

7. Herr Lange in Klugfalläulen verkaufte sein Gut von 400 Morgen für den Preis von 120 000 Mark, nach Verlauf von drei Monaten erhielt der jetzige Besitzer 135 000 Mk.

8. Vor fünf Monaten kaufte Herr Schwobber in Schöneich, Kreis Schwarg, die zirka 300 Morgen große Besitzung des Herrn Joth für 100 000 Mk., jetzt hat er das Gut für 125 000 Mk. verkauft.

9. Das Herrn Kobycki gehörige Lippan im Kreise Neidenburg (Ostpreußen) wurde von diesem vor fünf Jahren mit 240 000 Mk. bezahlt, vor ein paar Monaten erwarb es Herr Ritter für 510 000 Mk.

10. Das Gut Regelmühle Nr. 2 im Kreise Deutsch-Krone bei Schwidmühl b. Linnitz demnachst seit einem Jahre den vierten neuen Besitzer, Herr Reichert hat es für 350 000 Mk. erworben. Das Gut hat 60 000 Mk. mehr gebracht als vor einem Jahre, und jeder der Besitzer hat in den wenigen Monaten je 20 000 Mk. daran verdient.

11. Das Gut Lubahn im Kreise Berent, Herrn John gehörig, ist im September vorigen Jahres von einem Herrn aus Westfalen für 514 000 Mk. gekauft worden. Vor nicht zu langer Zeit hat Herr John das Gut für 210 000 Mk. von den Erben übernommen.

12. Herr Pahl hat sein Gut Schützen B. im Kreise Rastenburg an Herrn Koll verkauft für 340 000 Mark. Vor vier Jahren brachte das Gut beim Verkauf 240 000 Mk.

13. Gutsbesitzer Peters in Ludwigshorst, Kreis Wittkowo, hat seine Besitzung von 300 Morgen für 120 000 Mk. verkauft. Das Gut hat vor sieben Jahren 66 000 Mk. gehostet.

14. Herr Michael Petrovitz in Juba, Kreis Wittkowo, hat für seine 70 Morgen große Besitzung 40 000 Mk. erhalten, er hat sie vor ein paar Jahren für 15 000 Mk. erworben.

Daß den jetzigen Besitzern die Erhöhung der Getreide- u. Preise nicht mehr viel nutzen kann, ist selbstverständlich. Den Bodenanteil haben die vorhergehenden Besitzer schon abgeköpft. Sie haben den Mehretrag notwendig, um die durch die teuren Ankäufe entstandene Kapitalüberlastung zu verzinsen. Es wird nicht lange dauern und der größte Teil der neuen Besitzer wird wieder über die „Last der Landwirtschaft“ klagen und nach neuen Zollsteigerungen verlangen.

Es kämen wir zu einer Zollschraube ohne Ende. Ob aber dadurch der Landwirtschaft zu helfen ist, dürfte doch mehr als fraglich sein.

Vom Schlachtfelde der Arbeit.

In Courrières (Frankreich) hat eine furchtbare Katastrophe über 1400 Bergleute in ihrem Berufe dahingerafft.

Eine deutsche Rettungshilfskolonne, aus den Dolmetschern Herne, Gelsenkirchen, welche dorthin abgegangen, hat zu retten versucht, was zu retten war, konnten aber nur 217en und Reichenteile aus den Schächten zu Tage fördern.

Bei dieser Gelegenheit hat es sich herausgestellt, daß die Rettungseinrichtungen in dem republikanischen Frankreich viel schlechter und mangelhafter sind, als in Deutschland. Ueber 6000 Waisen hinterlassen die Verunglückten; außerdem haben die Hinterbliebenen der Belgischen Arbeiter keine Ansprüche auf Unfallrente. Ein Ausgleich zwischen den beiden Staaten schwebte, war aber noch nicht zum Abschluß gelangt. Der deutsche Bergarbeiterverband Deutschlands hat 5000 Mark zur Unterstützung der Hinterbliebenen gespendet.

Dieses größte Grubenunglück, welches bis heute zu verzeichnen ist, beweist aufs neue, das ungeheure Risiko, dem die Arbeiter Jahr aus Jahr ausgesetzt sind, trotzdem wissen viele Leute nicht genug zu sagen von dem Risiko des Kapitals.

Sonstige große Grubenunglücke durch schlagende Wetter waren im Laufe der Jahre zu verzeichnen am 14. Juni 1894 bei Karwin, wobei 235 Bergleute ihren Tod fanden. 17. März 1884 ereilte auf der Grube Camphausen bei Saarbrücken 181 Mann der Bergmannstod und am 17. Februar 1898 auf der Grube Karolinengrube und Loham 119 Mann. Es kamen in der Zeit von 1893 bis 1902 auf 1000 beschäftigte Arbeiter beim Steinkohlenbergbau in

Preußen	2,40
Großbritannien	1,39
Belgien	1,20
Frankreich	1,14

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß trotzdem Deutschland betrags der Todesfälle an erster Stelle steht. Was bis jetzt wohl deshalb weniger beachtet wurde, weil nicht so viele auf einmal dahingerafft wurden. Viele Einzelheiten machen auch ein Vieles aus, treten aber nicht so markant in die Erscheinung. Ein Beispiel bieten die Walzwerksarbeiter, welche die höchste Unfallziffer aufweisen und doch am wenigsten beachtet werden, weil keine Massenunglücke in gleicher Weise eintreten.

Zwei Wochen Gefängnis

„Freie“ Wahrheitsliebe vor Gericht. In Essen fanden am Dienstag den 6. März vor dem Schöffengericht zwei Nachspiele zum Bergarbeiterstreik statt. Es handelt sich um eine Beleidigung des Redakteurs der sozialdemokratischen Arbeitzeitung Leimpeters, gegen die Führer des christlichen Gewerksvereins Joh. Effert und Franz Behrens. Leimpeters hatte Effert einen Schwindler genannt und Behrens vorgeworfen, bei der Verteilung von Buttergut-keinen einer Firma, die den streikenden Bergarbeitern zur Verfügung gestellt wurden, nicht ordnungsmäßig verfahren zu haben. In der Sache gegen Effert kam ein Vergleich zustande. Leimpeters nahm die Beleidigung zurück, worauf Effert den Strafantrag zurückzog. Im Falle Behrens wurde Leimpeters zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. — „Freie“ Wahrheitsliebe erhielt somit ihren verdienten Lohn.

Im Vertrauen auf den lieben Gott.

Es kommt gewiß nicht alle Tage vor, daß waschechte Gemissen und Sozialdemokraten ihr Vertrauen auf den lieben Gott setzen. In der Regel überlassen sie den Himmel den „Engeln und den Engeln“. Aber in der Past frist der Teufel fliegen und dann kann es auch mal anders kommen. Eine solche rühmliche Ausnahme ist in Breslau zu verzeichnen und das kam so:

Kürzlich hatte der Oberbürgermeister fünf Vertreter der Breslauer Gemeindegewerkschaft, welche um Lohnerhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit vorstellig wurden, unwirksam behandelt und weitere Verhandlungen schließlich wegen anmaßender Sprache der Wortführer abgelehnt. Dem Sekretär Mehrlein des sozialdemokratischen Gemeindegewerkschaftsverbandes antwortete er auf ein Schreiben, er lehne es ab, mit ihm über städtische Angelegenheiten zu korrespondieren und werde weitere Anträge unbeantwortet lassen. Dann heißt es weiter: „Wer die Ehre des Arbeiterstandes so wenig achtet, daß er einen mehrfach bestraften Dieb zum Führer und Vertrauensmann städtischer Arbeiter bestellen läßt und

der städtischen Behörde zusetzen, ist nicht geeignet, Vermittler zwischen Arbeiter und Behörde zu sein." Im Anschluß an diesen Brief wirft die sozialdemokratische Volkswacht dem Oberbürgermeister vor, daß er eine unangemessene Sprache gegenüber einem Arbeiter führe, der wegen irgendwelcher Jugendverbrechen mit dem Gericht in Konflikt geraten sei. Nun fährt die magistratsmäßige Breslauer Ztg. schmerzliches Geschick auf. Nach ihr hat der Vorsitzende und Führer der dem Oberbürgermeister zugesandten Deputation folgende Vorstrafen: 1889 wegen einfachen Diebstahls in zwei Fällen, schweren Diebstahls und versuchten Diebstahls, sowie Führen eines falschen Namens drei Monate Gefängnis und eine Woche Haft, in demselben Jahre wegen schweren Diebstahls und Bettelns sechs Monate Gefängnis und eine Woche Haft, endlich am 4. Mai 1904 wegen Taschendiebstahls zwei Monate Gefängnis. Auf zwei Bittgesuche hin nahm der Magistrat ihn wieder in Arbeit. In dem einen derselben heißt es: „Im Vertrauen auf den lieben Gott und auf die Güte des Betriebsinspektors gebe ich mich der Hoffnung hin, daß ich Gnade finden werde und meine Beschäftigung wieder übernehmen kann. Es soll ja meine ernste Pflicht sein, meiner Behörde ein treuer Arbeiter zu sein.“

Also selbst die Hoffnung, „Gnade“ beim Herrn Betriebsinspektor zu finden, verläßt die Herren Gewissen nicht, wenn es ihnen Vorteil verspricht.

Aus dem Saargebiet.

„Sire, geben Sie Versammlungsfreiheit!“

Diese mehr oder weniger klassischen Worte hätten die Burbacher Hütten- und Metallarbeiter an die Hüttenverwaltung, Brauerei- und Polizeibehörde zu richten, in den letzten Tagen alle Ursache gehabt. Auf Sonntag war von den Burbacher Hüttenarbeitern eine Versammlung arrangiert worden. Das Lokal war gemietet, der Redner bestellt, die Einladungen waren prompt besorgt. Doch — mit des Geschickes Mächten ist kein Bund zu flechten und das Unglück schreitet schnell, — im letzten Augenblick mußte der Wirt den Arbeitern den Saal verweigern, weil die Hütte, sowohl wie die löbliche Hütlerin der öffentlichen Ordnung und zuguterletzt auch noch die Brauerei (!) Himmel und Erde in Bewegung gesetzt hatten, um dem Wirt zu dem oben genannten Entschluß zu bringen. Doch der Mensch muß Glück haben, und die Burbacher Hüttenarbeiter haben nun einmal Glück — durch den Herrn Landrat bekam der Wirt in kavalanter Weise noch sieben Stunden vor Beginn der Versammlung die nachdrückliche Genehmigung zum Abhalten derselben.

Führerwahl, ein trauriges Zeichen der Zeit. Es wird die gesetzlich garantierte Versammlungsfreiheit von verschiedenen Seiten geachtet. Die eifrigen Bemühungen der unteren Polizeiorgane, um Versammlungen der christlich-nationalen Arbeiter zu hintertreiben, wird übrigens durch einen Abgeordneten im Landtage zur Sprache gebracht werden. Der Herr Minister des Innern wird dann Gelegenheit haben, erschöpfende Erklärungen über das Verhalten der ihm unterstellten Organe zu geben. Daß die Hütte zu dem kleinlichen Mittel des Saalabtreibens greift, ist ein Zeichen der Ohnmacht. Glaubt man damit etwa das Rad der Zeit aufzuhalten? — Und die Brauerei? Ihr Verhalten ist ja geradezu unverständlich! — Die Versammlung, die also trotz aller Hindernisse Sonntag abend stattfand, nahm einen imposanten Verlauf. Etwa 500 Hüttenarbeiter waren erschienen. Der Sekretär des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Herr Werner-Uachen verbreitete sich in einer zweistündigen zündenden Rede über die gegenwärtigen Vorgänge auf der Burbacher Hütte und die Aufgaben der christlich organisierten Arbeiterschaft.

Redner bedauerte zunächst die versuchten Maßnahmen um den christlichen Arbeitern die Säle abzutreiben. Mögen Hütte und Behörden nur so weiter arbeiten, dann hoffe er, daß es sogar möglich sein werde, die Herren Schulleute in die christlichen Berufsorgane mit einzunehmen. (H i e l e i t.) Jede junge aufstrebende Bewegung fordert ihre Opfer. Das Vorgehen der B.-Hütte, die jetzt alle Arbeiter auf das Pfaster werfen, weil sie sich organisierten, haben sich schon hunderte Male wiederholt. Doch damit läßt sich die aufstrebende Arbeiterbewegung nicht aufhalten. Wenn die B.-Hütte glaubt, durch Maßregelungen von organisierten Kollegen die Organisation zu vernichten, so ist das im hohen Grade töricht. „Für 25jährige treue Dienste in dankbarer Anerkennung die Verwaltung der Burbacher-Hütte“, diese schöne Inschrift findet sich auf einer

Uhr, die einem der gemäßigtesten Kollegen im vorigen Jahre von der Hütte überreicht worden sei. Heute nach 26 Jahren trauer Dienstzeit scheint aber die Hütte eine andere Auffassung bekommen zu haben. Die Herren, die sonst immer so patriotisch seien, beweisen durch ihr Gebahren gegenüber der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, daß ihr Patriotismus nicht weit her ist. Jedenfalls habe der zurzeit höchste Beamte des Deutschen Reiches, Graf Bismarck, mehr Verständnis für die christliche Arbeiterbewegung, das beweisen seine Worte im Reichstage, als die Leitung der Burbacher Hütte. Den Arbeitern ist durch Paragraph 152 der Reichsverordnung die Koalitionsfreiheit gesetzlich zugesprochen. Das Vorgehen der Hütte sei deshalb ungesetzlich und unmoralisch. Auch der Arbeiter hat, gleich dem Unternehmer, das Recht, die Selbsthilfe in Anspruch zu nehmen. Redner zeigte sodann noch an der Hand der Unfallstatistiken, daß das Risiko der Wals- und Hüttenarbeiter ein viel größeres sei, wie das der Unternehmer. Die Arbeiterbewegung erstrebe Gleichberechtigung der Arbeiterschaft mit den übrigen Ständen.

Der Redner schloß mit einem feurigen Appell an die Anwesenden, treu zur Fahne zu halten und unermüdet zu arbeiten, bis auch der letzte Hüttenarbeiter organisiert sei. In ein dreifaches Hoch, das „im Hinblick auf unseren Arbeiterkaiser“ auf die christliche Gewerkschaftsbewegung ausgebracht wurde, stimmte die Versammlung und sogar — die Herren Schulleute begeistert ein. Nachfolgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am Sonntag den 11. März 1906 in Burbach im Lokale Schweinhard tagende, sehr gut besuchte christliche Metallarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von dem Verhalten der Betriebsleitung der Burbacher Hütte den christlich organisierten Arbeitern gegenüber.

Entschieden protestieren die Anwesenden dagegen, daß den auf der Hütte beschäftigten Arbeitern das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht streitig gemacht werden soll. Die aus diesem Anlaß erfolgte Entlassung von 5 christlich organisierten Arbeitern, die bis zu 26 Jahren dem Werke treu gedient haben, betrachten die Versammelten als eine Ungerechtigkeit. Umso mehr erscheinen diese Maßnahmen als verwerflich, als von höchster Stelle offen ausgesprochen wurde, daß die christlichen Gewerkschaften für Staat und Gesellschaft nutzbringend wirken. Die in der Versammlung Anwesenden versprechen, mit allen rechtlichen Mitteln dahin zu wirken, daß die christlich gesinnten Metallarbeiter in den christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband eintreten.

Zu der Versammlung selbst traten eine große Anzahl Kollegen dem christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbande bei. Die Hüttenarbeiter haben ihre Aufgaben erkannt. Es geht vorwärts auf der ganzen Linie.

Wie die Genossen Arbeiterinteressen vertreten.

Kalk. Einen schönen Erfolg erzielten die Fernmacher der Firma Humbold hier selbst. Gestützt auf unsern Verband stellten dieselben an genannte Firma die Forderung, die Löhne der in der Fernmacherei Beschäftigten um 5 Pfg. pro Stunde zu erhöhen. Durch Einreichung einer Eingabe und mehrmaligen Verhandeln einer Kommission erreichten die Arbeiter, daß mit wenigen Ausnahmen eine Lohnerhöhung von 4 und 5 Pfg. pro Stunde zugewilligt wurde. Die erst in jüngster Zeit Eingestellten, sowie einige Halbinvaliden erhielten pro Stunde 1—3 Pfg. Zuschlag.

Recht sonderbare Vertretung von Arbeiterinteressen leisteten sich bei dieser Gelegenheit wiederum die Herren „Gewissen.“

In einer Fabrikbesprechung in der das Vorgehen der Kollegen beraten wurde, begründete unser Sekretär Kollege Schmitz-Mülheim die Forderung der Arbeiter. Sein Vorschlag, durch Einreichung einer Eingabe und Wahl einer Kommission mit der Betriebsleitung in Verbindung zu treten, fand die Unterstützung fast aller Kollegen. Die Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes, 3 an der Zahl, bemühten sich krampfhaft, Uneinigkeit in die Arbeiterschaft zu bringen und erklärten wiederholt, nur dann die Forderung zu unterstützen, wenn die Arbeiter sich ihren Anordnungen fügen würden. Das es diesen Burschen nur darum zu tun war, die Bewegung zum Scheitern zu bringen, bewies der Umstand, daß dieselben eine Anzahl „olle Kannelen“, die duzendemale wiederleat sind, in die Debatte eintragen wollten.

Kollege Schmitz lehnte es ab, in Fabrikbesprechungen, in denen lediglich die Betriebsverhältnisse besprochen werden sollten, hierüber zu verhandeln, gerne sei er bereit, an jeder anderer Stelle die Stellungnahme der christlichen Organisationen zu besprechen. Trotzdem durch Abstimmung die Majorität sich für den Vorschlag des Kollegen Schmitz erklärte, verharren die Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes auf ihrem diktatorischen Standpunkt, was einen „zweiorganisierten“ Kollegen zu dem sehr bezeichnenden Ausspruch veranlaßte: „Wenn auch unsere Führer uns nicht mitgehen lassen wollen, so habe ich doch soviel Einfluß auf unsere Kollegen, daß wir trotzdem mitmachen.“

Gottlob ist die Arbeiterschaft auf dem Werke Humbold nicht soweit, daß sie sich von den Sozialisten die Marschroute vorbittieren läßt, und da die „Führer“ der Roten durch diese schloße Handlungsweise wiederum ihr arbeiterverräterisches Treiben offenbarten, zeigte ihnen in unverblümter Weise Kollege Schmitz, wo der Zimmermann das Loch gelassen hätte.

Aus dem Verhalten der Sozialdemokraten und dem planmäßigen besonnenen Vorgehen unserer Organisation ersehen unsere Kollegen so recht, welche Organisation nur für sie in Frage kommen kann.

Darum, Kollegen von Kalk und Umgegend, schließt euch Mann für Mann unsern Verbände an, zeigt, daß ihr gewillt seid, den freiheitspredigenden Tyrannen die ihnen gebührende Antwort zu geben. Darum: Hinein in den christlichen Metallarbeiter-Verband.

Zur Formerbewegung in Düsseldorf.

Düsseldorf, 14. März. In der Angelegenheit der Formerbewegung fand gestern abend im Paulushaus eine Versammlung der christlich organisierten Glaserarbeiter statt. Der Referent führte aus, daß, obgleich der sozialdemokratische Verband die Bewegung einseitig eingeleitet, der christliche Verband sich im Interesse der Glaserarbeiter bereit erklärt habe, die Bewegung mit durchzuführen. Alle bisher getroffenen Vorarbeiten wären soweit zur Zufriedenheit aller Richtungen erledigt worden. Jedoch der Schlußsatz, der an die Unternehmer zu richtenden Eingaben, welche in der Diensttags-Sitzung vorlagen, sei so gehalten gewesen, daß der christliche Verband darauf nicht eingehen konnte. Nach diesem sollten, außer zwei Firmen, bei denen der Hirsch-Dundersche Verband in Frage komme, alle Antwortschreiben der Unternehmer an die Adresse des sozialdemokratischen Verbandes gerichtet werden.

Der christliche Verband ist ebenfalls mit einer starken Anzahl Mitglieder vertreten und kann schon aus diesem Grunde volle Gleichberechtigung verlangen. Auch müsse es abgelehnt werden, den Anschein zu erwecken, als sei die Angelegenheit nur eine soziald. Sache, wie es ja die Sozialisten nach außen darzustellen suchten, um desto mehr im Trüben fischen zu können. Gäßen die christlichen Arbeiter dem Ansinnen der Sozialisten Rechnung getragen, dann wäre dies nichts weniger als ein moralischer Selbstmord gewesen. Mit Recht würden die Verbandsmitglieder ihre Vertreter haben beschuldigen können, ihr Vertrauen mißbraucht zu haben. Nicht als blinde Nachbeter der Sozialisten betrachteten die christlichen Arbeiter ihre Leiter, sondern als Führer, die sich der Tragweite ihres Handelns bewußt wären. Die Vertretung des christlichen Verbandes nach den Grundätzen des Rechtes, müsse ihr einziger Leitstern sein und bleiben. Auch dürfe es dem christlichen Verbands nicht gleichgültig sein, wie er in den Augen der Unternehmer und der öffentlichen Meinung beurteilt würde. Ohne sein Ansehen auch nach dieser Richtung zu verschärfen, hätte er den Zumutungen des sozialdemokratischen Verbandes nicht entsprechen können. Ebenjovendig wie der christliche Verband bei dieser Bewegung für sich Vorrechte beanspruchen, könne er sich entschließen, anderen Verbänden besondere Rechte einzuräumen. Aus diesem Grunde verlangten die christlichen Vertreter, daß der Schlußsatz des Schlußsatzes folgendermaßen lautete: „Ihre baldige Antwort wollen Sie bis zum 7. März an eine der untenstehenden Adressen gelangen lassen. (folgen die Unterschriften der drei Verbände). Anstatt diesem loyalen Vorschlage Rechnung zu tragen, sagte der Vertreter des freien soziald. Verbandes, Jäder: „Geh ich dem Ansinnen der christlichen Rechnung trage, lasse ich lieber die ganze Bewegung scheitern.“ Die Diskussion war sehr lebhaft. Alle Mitglieder erklärten sich vollständig einverstanden mit dem Verhalten ihrer Führer. Durch Annahme einer Resolution bekundeten sie ihr Einverständnis und forderten alle christlichen Arbeiter

welche sich gewillt sind, ihre Lage zu verbessern, auf, sich dem christlichen Verbands anzuschließen. Zu bemerken ist noch, daß der sozialdemokratische Vertreter am Mittwoch, den 14. März, ein Schriftstück auf dem christlichen Verbandsbureau abgab, wonach jetzt alle Untervorstände der Unternehmer an den Vertreter des Hirsch-Duncker'schen Gewerkschafts zu richten sind. Auch dieses Ansuchen mußte der christliche Verband ablehnen. Es sollte kein Verband bevorzugt, auch keiner zurückgesetzt werden. Daß die soziald. Machter diesen vernünftigen Standpunkt nicht anerkannten, beweist, daß ihnen an der Verbesserung der Arbeiterlage nichts gelegen ist, sondern nur ihre Sonderzwecke dabei verfolgen wollten. Den christlichen Formern und Gewerkschaften sei deshalb wiederholt zugehört, organisiert euch im christlichen Metallarbeiterverband.

Abermals Terrorismus.

In geradezu unerhörter Weise führen die „Freien“ sozialdemokratischen Verbände den Kampf gegen die christlichen Arbeiter und deren Organisation fort. Bei der Firma Odenthal, Eisengießerei in Köln-Ehrenfeld, trat ein Former, seit 8 Jahren Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes, in Arbeit. Seine Mitarbeiter, Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zwangen, nachdem alle Ueberredungskünste nicht fruchteten, den Arbeitgeber, den christlichen Arbeiter zu entlassen. In einer Werkstättenbesprechung forderte der Geschäftsführer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Rodede, die Genossen auf, auf den christlichen Arbeiter einen Druck auszuüben, um denselben zum Uebertritt in den sozialdemokratischen Verband zu veranlassen. Der Vertrauensmann der Sozialdemokraten bestätigte, daß der christliche Arbeiter zuvorkommend und freundlich gegen seine Mitarbeiter sei, daß die „Genossen“ nur wegen seiner Zugehörigkeit zum christlichen Verbands gegen ihn vorgingen. Dem Vertreter des christlichen Verbandes bestätigte der Arbeitgeber, durch den Druck der Sozialdemokraten und deren „Führer“ Rodede zu diesem Schritte veranlaßt worden zu sein. Muß einerseits die Energie des Arbeitgebers auf's schärfste verurteilt werden, so dürfte das Verhalten der roten „Freiheitskämpfer“ die christliche Arbeiterschaft um so mehr den Wert der christlichen Organisationen erkennen lassen.

Christliches Gewerkschaftskartell.

Eine Versammlung des christlichen Gewerkschaftskartells der Bezirke Duisburg, Ruhrort, Laar, Meiderich, Bruckhausen, Marxloh fand am Sonntag den 10. März, im Arbeiter- und Gewerkschaftshaus in Duisburg statt. Die Statuten für das erweiterte Kartell wurden beraten und angenommen.

Bezüglich der Erklärung des Parteivorstandes der Duisburger Zentrumpartei gegen das, von den katholischen Arbeitern Duisburgs gegründete Organ „Echo vom Niederrhein“ und die Herren Wieber und Eckers wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Delegiertenversammlung des christlichen Gewerkschaftskartells der Bezirke Duisburg, Ruhrort, Laar, Meiderich, Bruckhausen, Marxloh, nimmt Kenntnis von dem Vorgehen des Vorstandes der hiesigen Zentrumpartei gegen das katholische Arbeiterorgan „Echo vom Niederrhein“ und insbesondere gegen die, in der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorragend tätigen Kollegen, Wieber und Eckers. Die katholischen und auf dem Boden der Zentrumsgrundsätze stehenden Mitglieder des christlichen Gewerkschaftskartells, legen gegen das Vorgehen genannten Vorstandes, als jeglicher Berechtigung entbehrend, entschiedenen Protest ein.

Das christliche Gewerkschaftskartell erblickt in dem Vorgehen genannten Vorstandes, einen Willkür-Akt, welcher lediglich dem Zweck dient, die christliche, insbesondere aber die kath. Arbeiterschaft zu schädigen.

Das Gewerkschaftskartell erkennt an, daß das „Echo vom Niederrhein“ und die Kollegen Wieber und Eckers, nach besten Kräften stets die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft vertreten und nur aus diesem Grunde der obengenannte Vorstand den Kampf gegen dieselben seit langer Zeit zu führen versucht hat.

Das Kartell ersucht das „Echo vom Niederrhein“, sowie die Kollegen Wieber und Eckers wie leither, so auch in der Zukunft ihre Tätigkeit zu entfalten und verspricht denselben die weitgehendste Unterstützung und drückt ihnen nochmals das vollste Vertrauen aus.

Das Kartell fordert insbesondere die katholischen Arbeiter auf, es als ihre Ehrenpflicht zu betrachten, für Abonnement und weitest Verbreitung des „Echo vom Niederrhein“ Sorge zu tragen. Desgleichen verpflichtet sich das Kartell, das „Echo“ auch dadurch zu unterstützen, daß bei Einkäufen seitens der christlichen Arbeiter an erster Stelle nur diejenigen Geschäftsinhaber zu berücksichtigen sind, welche das „Echo vom Niederrhein“ als Insertionsorgan benutzen.

An die gesamte christliche Arbeiterschaft Duisburgs, erläßt das Kartell erneut den Appell, sich ungekündet den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, um so die Anerkennung und Gleichberechtigung, welche dem Arbeiterstande noch von vielen Seiten verweigert wird, zu erzwingen und alle Angriffe, welche gegen die christlichen Arbeiter geführt werden, von welcher Seite sie auch kommen mögen, gebührend zurückzuweisen.“

Des weiteren wurde das „Echo vom Niederrhein“ als Publikationsorgan des christlichen Gewerkschaftskartells bestimmt.

Der Bezirksverband Nürnberg

hielt am 11. März im St. Josephshaus in Nürnberg seine diesjährige Frühjahrskonferenz ab. Vertreten waren die Zahlstellen Nürnberg, Fürth, Schwabach, Amberg, und Neumarkt. Den Vorsitz der Konferenz führte Bezirksvorsitzender Kollege Troßmann. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß in den einzelnen Orten mit geringen Ausnahmen ein erfreuliches Wachstum zu verzeichnen ist. Nürnberg konnte zum Beispiel seine Mitgliederzahl im Laufe eines Jahres fast verdreifachen. In kleineren Orten tritt dieses Fortwärtstreben nicht so zu Tage. Die Ursache liegt oft in der mangelnden Lokkraft der Ortsverwaltungen und in dem tief eingewurzelt Indifferenzismus der Arbeiterschaft. Dieser Umstand zeigt, wohin der Schwerpunkt der Arbeit des Bezirksauschusses gelegt werden muß. Die Tagesordnung setzte sich weiterhin aus folgenden Punkten zusammen: 1. Die Aufgaben der Ortsverwaltungen in organisatorischer und agitatorischer Beziehung; 2. Ausbau der Bezirksorganisation; 3. Anträge und Beschlüsse. Zum ersten Punkt wurden die Pflichten der Ortsverwaltungen eingehend erörtert. Tadellos pünktliche und gewissenhafte Buch- und Kassaführung ist die erste Voraussetzung. Der ganze Apparat unserer Bewegung funktioniert in leichter und angenehmer Weise, wenn Pünktlichkeit als Hauptprinzip oben an gestellt wird. Ist innen alles in Ordnung, dann kann auch nach außen hin tüchtig gearbeitet werden. — Hier kommt vor allem die richtige Durchführung des Versammlungswesens in Betracht. Alle vier Wochen muß mindestens, besser aber ist alle 14 Tage, eine Versammlung sein. Es ist kein Zustand, wenn der Bezirksvorsitzende wiederholt um Einberufung einer Versammlung eine Zahlstelle anspricht, der betreffende Vorsitzende aber gar keine Antwort gibt. Wo Leute an der Spitze stehen, welche ihre Pflicht nicht erfüllen, haben die Kollegen einzugreifen und eine andere Besetzung der Verwaltungsposten vorzunehmen. Wenn für allgemeine Versammlungen die Arbeiterschaft eines Ortes nicht zu haben ist, dann berufe man im Einvernehmen mit dem Bezirksvorsitzenden Fabrik- oder Werkstättenversammlungen gleich nach Schluß der Arbeit, ein. Auf diese Art ist gewiß ein Erfolg zu erzielen. Zur Durchführung unserer Aufgaben ist auch die regelrechte Organisation des Vertrauensmännerystems notwendig. Man wähle die opferfreudigsten und tüchtigsten Kollegen für diese Posten. Eine Hauptaufgabe liegt für uns in der Durchführung einer allgemeinen Hausagitation. Ein diesbezüglicher Antrag wurde angenommen. Das Material (Flugblätter) wird den Zahlstellen zugehen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung: Ausbau der Bezirksorganisation zielte unter Hinweis auf die ersten Ausführungen auf die Verbesserung unserer Organisation ab. Die bisherige Zusammenlegung des Bezirksauschusses aus Kollegen verschiedener Zahlstellen hat sich als nicht günstig erwiesen. Die Unmöglichkeit einer eingehenden Besprechung durch die örtliche Entfernung und damit das Fehlen einer fortwährenden Verbindung legte die ganze Agitationsarbeit dem Bezirksvorsitzenden auf. In einem so ausgedehnten Bezirk müssen aber mehr Kollegen im Dienst der Agitation stehen, wenn etwas Gutes geleistet werden soll. Es wurde darum beschlossen, den Bezirksauschuss aus Nürnberger Kollegen zusammenzusetzen. Es wurde gewählt neben dem Bezirksvorsitzenden Troßmann, noch ein zweiter, Kollege Döhler; als Kassierer wurde Kollege Braun, als Schriftführer Kollege Gailer, als Beisitzer die Kollegen Göß und Knupp gewählt.

Damit hat unser Bezirksvorstand eine Umgestaltung erfahren, welche gewiß geeignet ist, unseren Verband wesentlich zu fördern. In Gemeinschaft mit den Ortsverwaltungen muß ungekündet an die Inzenerierung einer durchgreifenden Agitation gegangen werden. Die Kräfte stehen uns zur Verfügung, wir dürfen sie nur benutzen. Bis zur Herbstkonferenz muß unser Bezirksverband 1000 Mitglieder zählen. Das muß das Ziel sein, nach welchem wir unser Streben zu richten haben.

An die Konferenz schloß sich eine öffentliche Metallarbeiterversammlung an. Kollege Troßmann referierte über die „Sozialen Pflichten eines christlichen Arbeiters.“ An 300 Kollegen und Kolleginnen hatten der Einladung Folge geleistet. Die Diskussion war eine rage und eine schöne Zahl von Kollegen ließen sich aufnehmen. Damit hatte die Ambergertagung ihren Abschluß gefunden. Jetzt gelte der Spruch:

Wir waren zu raten beisammen
Und haben viel gutes beschlossen.
Nehmt nun die Kraft zusammen
Und arbeitet unverdrossen.
Das Ziel heißt: „Fortschritt dem Verband“,
Zu treuer Arbeit reicht euch die Hand.

Streiks und Lohnbewegungen.

- Cupen.** Bei der Firma Johann Wintgens ist Streik ausgebrochen.
- Osnabrück.** W. Ortman Streik ausgebrochen.
- Nachen.** In den hiesigen deutschen Elektrizitätswerken Differenzen ausgebrochen.
- Düsseldorf.** Former in Lohnbewegung eingetreten.
- Burbach (Saar).** Burbacher Hütte Differenzen wegen Makregelung ausgebrochen.
- Magdeburg.** Former in Lohnbewegung eingetreten.
- St. Louis.** Auf dem chemischen Werke Streik ausgebrochen.
- Dülmen.** Eisenhütte Prinz Rudolf, Lohnbewegung.
- Gelsenkirchen.** Martinwerk Mundscheid, Lohnbewegung.

Kollegen,

beachtet pünktlich die Beiträge, damit eure Unterstützungsaufprüche nicht verloren gehen.

Um eine geregelte und pünktliche Beitragszahlung zu erzielen und den Kollegen die Beitragszahlung möglichst zu erleichtern, werden wir von jetzt ab an die jeweils fällige Beitragswoche im Organ erinnern. Das Beitragszahlen fällt nur halb so schwer, wenn es regelmäßig jede Woche geschieht. Ortsvorstände wie Vertrauensleute mögen mehr Sorgfalt darauf verwenden wie leither und die Kollegen mögen denselben das Einkassieren der Beiträge nicht erschweren.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 25. März der dreizehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. März bis 1. April 1906 fällig.

Mitglieder, welche länger als 8 Wochen im Rückstande sind, verlieren ihre Unterstützungsaufprüche.

Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Aus den Ortsgruppen.

Burbach. Die „Getrauen“ der Burbacher Hütte waren von der Betriebsleitung zu einer Betriebsversammlung kommandiert worden.

Und sie waren recht zahlreich erschienen, alle Sitz- und Stehplätze waren bergreifen. Freilich waren, wie der Verlauf bewies, auch manche Ungetraue darunter, die sich zum Teil sogar eine offizielle Gürtelmilch gepumpt hatten, um sich „einschleichen“ zu können. Obermeister Ralbach feierte die Eingekommenheit und das Vertrauen in der „Familie.“ Durch die „Hogenaunen“ (!) christlichen Gewerkschaften könne auf der Hütte nichts gebessert werden, eher das Gegenteil könne herauskommen, da die Gewerkschaften „geeignet“ seien, das gute Einvernehmen zwischen der Betriebsleitung und der Belegschaft zu fördern.

Er sprach dann von den mehrerwähnten „Wohltaten“, von einem Redner der christlichen Gewerkschaften und seiner „Hezrede“ in Gerstweiler (gemeint ist Herr Wernerus aus Aachen). Er brachte ein „Pfi“ aus auf so „gemeine“ Hezreden. Was denn werden solle, meinte er, wenn die Hütte einmal den Betrieb für ein halbes Jahr schliesse. In Oesterreich seien Arbeiter genug zu jeder Zeit bereit. Nachdem diese Register materiellen Druckes gezogen waren, um die Arbeiter davon abzuhalten, daß sie von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, hieß es: Treten Sie derartigen Gewerkschaften nicht bei, belohnen Sie nicht mit Un dank, sondern Treue am Treue. Der Beifall war recht mager.

Vorarbeiter Hartmann hielt zunächst eine kurze Gedächtnisrede auf Herrn Raabe. Dann sprach er vom „betrügerischen Netz“ des Reichsbundvereins, von den „Schwindelkugeln“ der Gewerkschaften. Er feierte dann ebenfalls die „Wohltaten“. Er sprach weiter von der zunehmenden Lustbarkeit im Zusammenhang mit den Gewerkschaften. Der Zusammenhang ist uns nicht klar geworden und dem Redner offenbar auch nicht. „Denn dieses hat keinen Zweck“ meinte er mit Bezug auf die Gewerkschaften, gegen die Stellung genommen werden sollte. Die Arbeiter sollten der Generaldirektion folgen „zu unserem eigenen Wohl.“

Vorarbeiter Ober hat es „Gott sei Dank noch nicht so weit gebracht, eine große Rede zu halten.“ Er sprach ebenfalls von der großen Familie, vom deutschen Vaterland und von den Wohltaten der Hütte. Er meinte auch, wenn die Hütte der Konkurrenz widerstehen könne, so verdanke sie das ihrer treuen Belegschaft. Während man nun annehmen sollte, das wäre für die Hütte ein Grund, den Arbeitern ein geschicktes Recht nicht zu verkürzen, appellierte der Redner an die Dankbarkeit der Arbeiter. Herr Koch brachte die Debatte auf das richtige Niveau, als er seine „Ansicht“ über die christlichen Gewerkschaften darlegte. Diese Gewerkschaften brachten nur die Herrschaft einer politischen Partei, des Zentrums. Die Sekretäre der Gewerkschaften besprachen die Geschäfte des Zentrums. Diese unheimlichen Behauptungen erlitten durch Zwischenrufe energischen Widerspruch. Der Beifall zum Schluß war zum guten Teil hoch.

Herr Blatt sprach ein Klauerwelsch, aus dem wir keinen Sinn herausbringen können. Er sprach von einem „Nachbarreich“, von Kaiser und Reich, von der Mittelwertreise des Kaisers, ohne daß ein Zusammenhang mit der Tagesordnung zu erkennen wäre. Er schloß mit dem Zitat: Uns Vaterland, am's teure schließ Dich an, das er leider nicht einmal richtig gegenwärtig hatte.

Herr Kirsch warnte seine Mitarbeiter vor „materiellen Selbstmord.“ Der Spatz in der Hand sei ihm lieber als eine Nachtigall in der Luft. Herr Adam erklärte ausführlich die mehrerwähnten Wohltatseinrichtungen.

Herr Wöhlen hielt eine recht konfuse Rede, die er dadurch ganz prächtig krönte, daß er zum Schluß den „freien Willen“, den man auf der Hütte habe, feierte. Daß dieser „freie Wille“ für die Ausübung des Koalitionsrechtes einfach nicht existiert, ist dem Manne offenbar nicht zum Bewußtsein gekommen.

Obermeister Kalbach verlas alsdann eine Resolution, zu der der Anstoß angeblich aus der Versammlung ausgegangen war. Darin werden alle „Hezversuche“ (d. h. die Aufmunterung, von dem gesetzlich garantierten Recht der Koalition Gebrauch zu machen) „entriestet“ zurückgewiesen und der Direktion das Vertrauen ausgesprochen. Es wurde behauptet, die Resolution gehe von „1500 Meistern und Arbeitern“ aus, es dürften indes kaum mehr als die Hälfte im Saale gewesen sein, eher weniger. Damit hatte die Geschichte ihr Ende erreicht. Begeisterung war beim Publikum wenig zu merken. Bei den Rednern aber noch weniger. Erwärmen konnte die ganze Geschichte trotz der Resolution niemanden, außer den guten Leuten vielleicht, die ihren Stolz darin setzen, dazu beizutragen, daß ihnen als Arbeitern die Ausübung ihres vornehmsten Rechtes unmöglich gemacht wird. Jedenfalls war die Ruhe zu bewundern, mit der diese Leute sich so gemüßwillig sagen ließen, daß man sie eventuell nicht brauche, daß man aus Oesterreich Arbeiter genug haben könne.

Die für abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Schweinsard anberaumte Versammlung des christl. M.-A.-Verbandes war ausgezeichnet besucht. Das Lokal war bis zum letzten Platz besetzt, und eine ganze Menge Stehplätze war ebenfalls bis zum letzten in Anspruch genommen. Herr Wernerus-Aachen eröffnete die Versammlung. Er gab dem Freude Ausdruck über den zahlreichen Besuch und über den da-

durch bewiesenen Mut. Alsdann stellte er sich als den „Heger aus Aachen“ vor, der auch der Nachmittagsversammlung beigewohnt habe. Er solle gelehrt haben gegen die Hütte, und doch habe man sich mit den Verhältnissen auf der Hütte, mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen noch nicht befaßt, man habe nur Stellung genommen zu dem Versuch, den Arbeiter an der Organisation zu verhindern. Ohne jeden Grund sei man seitens der Hütte gegen die Organisation vorgegangen. Von einem Gegensatz zur Generaldirektion haben wir noch nichts gemerkt, wir haben noch nicht davon geredet, wir haben nur auf Grund eines guten Rechtes die Arbeiter zur Organisation aufgefordert. Wir haben nur dagegen protestiert, daß man dem Arbeiter die Organisation unmöglich machen will, für das „Pfi“ gegen diejenigen, die sich organisieren wollen, habe ich kein Verständnis (Pfi!) Der zahlreiche Besuch beweist mir, daß Sie sich nicht beirren lassen werden, daß Sie immer die Versammlungen zahlreich besuchen werden. (Stürmischer Beifall, wie er in der Nachmittagsversammlung nicht zu hören war).

Herr Brendel begrüßt die anwesenden Meister. Sie mögen sich selbst und andere unterrichten, um vielleicht selbst noch einmal Mitglieder des Verbandes zu werden. (Bravo!) Redner erörtert die Entwicklung der Organisation im Saarrevier. Die heutige Versammlung beweise, daß der Bann gebrochen sei. Den Frieden wollen wir, aber keinen Nichts-frieden. Man hat gemeint, wir hätten so arbeiten sollen, daß die Hütte nichts merkte. Ich glaube aber, daß die Hütte wissen darf, wo wir sind. Als die Hütte Lunte noch, glaubte man zunächst, die Organisation sei tot, wenn wir keinen Saal bekämen. Aber wir halten heute schon die zweite Versammlung. Wo so für uns agitiert wird, da geht es vorwärts. Dann schritt man zu Maßregelungen. Selbst ein Arbeiter, der für 25jährige treue Arbeit eine Uhr erhalten, war dabei. Aber trotzdem muß die Organisation wachsen. Die gemäßigten Kollegen leben noch, hoffentlich noch recht lange, damit sie später einmal sagen können: So war es früher, heute ist es anders. (Stürmischer Bravo.) Man glaubte, wenn man einige herauschmeißt, stehe der „Heger aus Aachen“ noch allein da. (Dho!) Es hat nichts geholfen: Es sind jetzt zirka 18 herausgeworfen. Doch möge es gehen, wie bei einer Versteigerung, es wird nichts helfen. Wenn das die geistigen Mittel sind, mit denen die Hütte die Arbeiterbewegung bekämpft, dann ist sie zu bedauern. Alles, was uns angetan wurde, hat nichts geholfen. Die Arbeiter sind noch nicht zurückgekommen mit der Bescheinigung des Austritts. Jedenfalls sind nicht so viele gekommen, wie zu uns in dieser Woche neue Mitglieder. (Bravo!) Auch der Thronanschlag tat die gewünschte Wirkung nicht. Es ging damit, wie mit einer Vogelscheuche: Die Spazier, die damit verschreckt werden sollen, setzen sich schließlich drauf. (Lebhafter Beifall). Redner beleuchtet im Einzelnen den Thronanschlag: Wenn die Hütte die Arbeiter sich organisieren läßt, dann ist sie uns lang gut, dann haben wir keinen Kampf mit der Hütte. Es sei denn, daß die Arbeitszeit einmal zu „kurz“ ist (Heiterkeit), dann werden wir dagegen einschreiten. Was die „Spenden“ angeht, so sagen wir: Geben Sie uns einen anständigen Lohn, dann verzichten wir auf die Spenden. (Bravo!) Man hat ja auch noch mehr für die Arbeiter getan, als die Spenden. Man ließ die Arbeiter sich für eigenes Geld Uniformen machen. Die Herausgeworfenen brauchen sie jetzt nicht mehr, aber vielleicht können wir sie noch verwenden. Vielleicht halten wir nicht nur hier Vorträge darin, vielleicht hält Kollege Wernerus, der heute schon eine Uniform anhatte (Heiterkeit) in Aachen einmal Vorträge in saarabischer Uniform. Das muß sicher helfen. (Heiterkeit). Den Kampf haben nicht wir gebracht, sondern die Hütte mit ihren Maßregelungen. Wir haben bis heute noch nichts verlangt, als unser gutes Recht. (Lebhafter Beifall).

Nach diesem sehr wirkungsvollen Referate ergreift wieder Herr Wernerus das Wort, um auf den Unterschied zwischen dieser Versammlung und der vom Nachmittag hinzuweisen. Hier protestiert man dagegen, daß Gewalt vor Recht gehen soll, dort verbeugte man sich vor denen, die da sagen: Arbeiter, der Paragraph 152 der Gewerbeordnung besteht nicht für dich. Wie viel höher stehen die Männer, die frei und offen der Bedrückung entgegen treten. Sie können stolz sein auf die heutige Versammlung. Denn es gehört Mut dazu, denen entgegenzutreten, die den Arbeitern rechtlos machen wollen. — Ja, Treue um Treue wollen wir, aber Macht ausüben gegenüber dem Arbeiter, der nichts hat als seiner Hände Kräfte, ist nicht schwer. Maßregeln kann man wohl unsere Kameraden, aber brutlos und elend macht man keinen mehr. Wenn man die gute

Familie preisen will, muß man auch machen, daß wir auffahren können wie zu einem Vater, der dem Kinde an verbranntes Mehl nicht mit Zucker tut. Redner geht einzeln die Kaufmann des Nachmittags durch und geißelt besonders den politischen Unsinn des Herrn Koch und die Methode, dem Arbeiter immer wieder die „Wohltaten“ vorzuhalten. Dadurch verschärze man sich das Recht, von den Wohltaten zu reden, sonst sagen wir: Wenn wir den entsprechenden Anteil an den Kulturgütern haben, brauchen wir die Wohltaten nicht, die nur ein Pflasterchen sind auf die große Wunde, die wir an unserem Volkskörper entdecken. Wir hoffen und wünschen, daß die Hütte zur Besinnung kommt und das Schwert in die Scheide steckt, sonst könnte die Stunde kommen, wo die Arbeiter selbst sagen: Das dulden wir nicht mehr! Heute brauchen wir das noch nicht zu erklären. Wir hoffen, wie gesagt, daß die richtige Erkenntnis auch hier kommt, daß der Arbeiter sich ihr Recht nicht verkürzt werden darf. Sorgen Sie dafür, daß wir den Kollegen, die als erste auf die Straße fliegen, Ehre machen, wie es deutschen Männern geziemt.

Darauf sprach Herr Brendel noch ein kurzes Schlusswort, in dem er zum Eintritt in die Organisation aufforderte und schloß dann gegen 1/211 Uhr mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften die herzlich verlaufene Versammlung, die dem Verband eine stattliche Anzahl neuer Mitglieder brachte und den Beweis dafür lieferte, daß das, womit man die Organisation totmachen wollte, gerade dazu beitrug, den Bann eher zu brechen, als es sonst vielleicht geschehen wäre: Der Bann ist gebrochen!

Dingelstädt. Lange haben wir das Verbandsorgan nicht in Anspruch genommen, und die Kollegen anderwärts denken vielleicht, hier in Dingelstädt ist alles in schönster Ordnung und Harmonie oder wir schliefen noch. Letzteres ist nicht der Fall, denn seit dem einjährigen Bestehen unserer Ortsgruppe haben wir tüchtig gearbeitet, um den gewerkschaftlichen Gedanken, der hier früher ein unbekannter Begriff war, unter unseren Kollegen zu verbreiten. Und wir können sagen mit Erfolg, denn eine stattliche Anzahl Kollegen hat sich uns angeschlossen. Aber viele stehen uns noch fern und mancher Kollege hier glaubt, die Organisation könne ihm nichts nützen, oder wenn er voraussichtlich dauernde Arbeit hat, brauche er sich nicht zu organisieren. Wer da glaubt, die Organisation nützt nichts, der sollte einmal Umschau halten, was die Arbeiter sich dort errungen haben, an verkürzter und geregelter Arbeitszeit und hohem Lohn, wo sie gut organisiert sind. Wie traurig sieht es dagegen dort aus, wo die Arbeiter glauben, die Organisation sei überflüssig. Lange Arbeitszeit, niedriger Lohn, schlechte Behandlung sind an der Tagesordnung. Bei dieser Gelegenheit möchten wir gleich auf die hiesigen Verhältnisse näher eingehen, um den Kollegen zu zeigen, wie notwendig die Organisation auch hier am Platze ist und wie notwendig es für alle ist, sich derselben anzuschließen, um andere und bessere Verhältnisse zu schaffen.

Da ist es vor allem die lange und unregelmäßige Arbeitszeit, bei der nur die Ueberstunden regelmäßig sind, die einer Regelung dringend bedarf. Besonders kommen hierbei die Feilenhauer auf der großen Feilenhauerei in Frage. Eine 10 1/2- und 11stündige Arbeitszeit für diese gesundheits-schädliche Arbeit ist viel zu lange, wollen die Arbeiter nicht frühzeitig ihren Körper ruinieren. Ueberstunden dürfen aber gar nicht vorkommen. Ein Arbeiter, der 10—11 Stunden die dumpfe, giftige Fabrikluft geatmet hat, bedarf der Erholung der Ruhe und Abspannung, um neue Kraft zu sammeln. Er soll sich auch seiner Familie widmen. Wir haben also alle Ursache, eine Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben.

Natürlich muß eine Lohnerhöhung damit verbunden sein. Von allen Seiten wird anerkannt, daß die Lebensmittel im Preise um 10 Prozent gestiegen sind. Das auch die Löhne bei uns um 10 Prozent gestiegen sind, können wir leider nicht konstatieren. Besonders aber die niedrigen Löhne der Hilfsarbeiter bedürfen dringend der Verbesserung. Darum sollten auch diese sich so schnell wie möglich unserem Verbands anschließen. Was die notwendige Beseitigung von vorhandenen Mängeln anbetrifft, so wollen wir heute nur die schlechten Schutzvorrichtungen erwähnen, welche die Gesundheit des Arbeiters gefährden. Dann aber besonders die Ekel erregenden Abortverhältnisse. Wenn in drei Jahren weder die Sitze gesäubert wurden, noch der Abort unterhalb gereinigt wurde, so ist das ein Beweis, welcher Wertschätzung sich der Arbeiter

ter erkennt. Der Aufmerksamkeit des Herrn Gewerbe-Inspektors scheint dieser heilige Ort bei seiner Anwesenheit entgangen zu sein, weshalb wir ihn hiermit darauf aufmerksam machen möchten. Ein weiterer Wunsch, der scharf gerügt werden muß, heißt wer verschiedene Arbeiter selbst. Es ist das Mannschwärmertum, die Speichelleckerei, die hier in hoher Blüte steht. Solange es hier Arbeiter gibt, die auf Kosten ihrer Kollegen sich bei dem Arbeitgeber oder Meister beliebt zu machen suchen, ist eine Einigkeit der Arbeiter schwer zu erreichen. Derartige häßliche Kriechertum ist eines recht schaffenen, aufgeklärten Arbeiters unwürdig, d. h. d.artige Elemente müssen als Verräter der Arbeiterinteressen betrachtet werden. Damit haben wir kurz auf die Verhältnisse hier hingewiesen, um den Kollegen drüben zu zeigen, wie notwendig hier die Organisation ist und daß ohne Organisation nichts erreicht werden kann. Auf also, Kollegen von Dingelstädt, schließt euch dem christlichen Metallarbeiterverband an zur Verbesserung eurer Lage. Seid einig, dann seid ihr stark!

Graubenz (Westpr.). Nach langem Bemühen ist es endlich auch hier gelungen, dem christlichen Metallarbeiterverbande Eingang zu verschaffen und zwar verdanken wir dies der Anregung aus dem evangelischen Arbeiterverein. Die erste Versammlung in welcher der Sekretär des Bauhandwerkerverbandes Kollege Koch-Danzig referierte, mußte geschloffen werden, weil die anwesenden Genossen ein derartiger Jubelergoß anstimmten, daß ein Verhandeln unmöglich war. Trotzdem gelang es Kollege Koch acht Tage später, eine Zahlstelle der Bauhandwerker zu gründen. Die anwesenden Metallarbeiter wollten nun ebenfalls sich dem christlichen Verbände anschließen und fand deshalb im Februar eine Versammlung statt, zu welcher Arbeitersekretär Krug-Bomburg über den christlichen Metallarbeiterverband referierte. Eine Reihe Kollegen erklärten darauf sofort ihren Beitritt und es konnte gleich ein provisorischer Vorstand gewählt werden.

In der folgenden Versammlung, in welcher Herr Krug noch einmal anwesend war, verdoppelte sich die Zahl unserer Mitglieder. Unsere letzte Versammlung fand am 3. März statt und konnten wir sofort nach Eröffnung wiederum eine Anzahl neuer Mitglieder aufnehmen; der beste Beweis, daß die hiesigen Kollegen das Bedürfnis nach Zusammenschluß in der christlichen Organisation fühlen.

Kollege Heimann begrüßte nun die neu eingetretenen Kollegen und forderte alle auf, nun auch treu und fest zusammenzuhängen. Jeder muß bestrebt sein, die noch am Ort vorhandenen Kollegen für den christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen. Wir Kollegen, im Osten unseres Vaterlandes, wollen Schüler an Schüler zusammenstehen mit den Kollegen im Westen und gemeinsam kämpfen gegen alle Feinde der christlichen Arbeiterorganisationen von rechts und links.

Darauf wurde die definitive Vorstandswahl vorgenommen und als 1. und 2. Vorsitzender die Kollegen Heimann und Beschik gewählt. Als 1. Kassierer wurde Kollege Brundt, als 2. Kassierer Kollege Karoll gewählt; als 1. und 2. Schriftführer die Kollegen Thiel und Böh; als Revisoren Mallon und Leskowitz. Alle nahmen die Wahl dankend an und versprachen ihre Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen.

Kollege Heimann forderte zum Schluß alle Kollegen auf, jetzt die Versammlung zu besuchen, das Verbandsorgan fleißig zu studieren und in jeder Beziehung sich als Gewerkschaftler zu schälen.

Kollegen von Graubenz, erfüllt nun treu eure Pflicht als Mitglieder des Verbandes, dann wird es mit der Zeit auch möglich sein, die verschiedenen Mißstände im Arbeitsverhältnis zu beseitigen, ihr werdet auch als Arbeiter die Freiheit erlangen, auf die ihr einen Anspruch habt.

Karlruhe. Unsere diesjährige Generalversammlung hatte sich eines lebhaften Besuches zu erfreuen, was vom Vorsitzenden Kollege Jünzer lebhaft anerkannt wurde. Nach Verlesung des Rechenschaftsberichtes wurde alsbald zur Wahl der Vorstandsmitglieder geschritten, welche folgende Ergebnisse hatte: Kollege Jünzer 1. Vor.; Arnet, 2. Vorsitzender; Kassierer Kollege Franz; Schriftführer Kollege Reiminger; die Kollegen Sennwald und Scher als Revisoren. Als Kartellbegleitete wurden gewählt: die Kollegen Brundt, Sennwald und Scher.

Alsdann wurde ein Antrag eingebracht, welcher dahin gerichtet war, einen monatlichen Sozialzuschlag von 10 Pfg. zu erheben, welcher bei der Abstimmung durch Mehrheit angenommen wurde, derselbe tritt ab 1. März in Kraft. Ferner wurde ein kleiner Betrag zugeworfen zur Errichtung einer Bibliothek, wobei sich eine lebhaft Debatte entspann. Der Antrag

wird bei der Abstimmung ebenfalls angenommen. Alsdann hielt der Vorsitzende Jünzer noch einen kleinen Vortrag und ermunterte die Kollegen, die Versammlungen immer so fleißig zu besuchen, damit auch in hiesiger Zahlstelle sich mehr Leben zur Gewerkschaftsfrage zeige.

Auf, Kollegen von Karlsruhe! zeigt eure Schamülhen ab und zeigt, daß ihr tüchtige Gewerkschaftler seid, indem ihr fleißig und regelmäßig die Versammlungen besucht, denn nur durch fleißigen Versammlungsbesuch können tüchtige Gewerkschaftler herangebildet werden.

Lippstadt. Die hiesige Ortsgruppe hielt am 28. Jan. ihre Generalversammlung ab. Leider war dieselbe schwach besucht. Kassierer Kollege Stork gab den Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen: Die Gesamteinnahmen betragen 2223,37 Mk., an die Zentrale wurden abgeschickt 1774,25 Mk. Bei den verschiedenen Streiks wurden gesammelt: 157,35 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 290,55 Mk. Ausgaben 274,47 Mk. Von dieser Summe wurden der Bezirkskasse überwiesen 96 Mk. Das übrige verreckt sich auf Agitation, Porto, Schreibmaterialien, Bibliothek, Kartellbeitrag usw. Bestand der Lokalkasse, mit dem vom Jahre 1904 übernommenen Betrag von 71,39 Mk. beträgt somit am 1. Januar 1905 87,47 Mk.

Ferner ist zu bemerken: Mitgliederzahl beträgt 120, Versammlungen fanden regelmäßig alle 14 Tage, mittags 1 Uhr statt, und wurden stets durch den Versammlungskalender der Tagespresse sowie am Kopf der Verbandszeitung publiziert. Durch den Bergarbeiterstreik wurden 35 Kollegen der hiesigen Union arbeitslos. Auch der am hiesigen Orte abgehaltene soziale Unterrichtskursus wurde von mehreren Kollegen eifrig besucht.

Somit der Jahresbericht. Nachdem der Bericht der Rechnungsrevisoren entgegengenommen, wurde dem Kassierer unter allgemeiner Zustimmung Decharge erteilt.

Die hierauf getätigte Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Es wurden neu- bzw. wiedergewählt zum 1. Vorsitzenden Kollege Aug. Knapp, zum zweiten Vorsitzenden Kollege Rieseheuer, Kassierer Kollege Stork, Schriftführer Kollege Heimeier, Revisoren die Kollegen Bracht und Belthaus. Sodann wurde Bericht über die letzte Kartellführung gegeben. Unter Punkt Verschiedenes wurde ein Antrag eingereicht, dem 1. Vorsitzenden, Kassierer und den beiden Hauptvertrauensmännern eine kleine Entschädigung zu zahlen, damit ihnen die entstehenden Unkosten einigermaßen ersetzt würden. Dieser Antrag wurde einer Kommission zur eingehenden Beratung überwiesen.

Nach einem kräftigen Schlußwort, in dem der Vorsitzende die Kollegen zu reger Mitarbeit im neuen Jahre aufgefordert hatte, wurde die Versammlung mit dem christlichen Grusse geschlossen.

N. B. Kollegen! Der Vorstand hofft auf rege Mitarbeit im neuen Jahre. Wenn aber die Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit so vieler Kollegen nicht schwindet, so wird diese Hoffnung ein eitler Traum sein. Darum, aufge wacht Kollegen, mehr Interesse an den Tag gelegt, über ihr verdient nicht den Namen eines echten Gewerkschaftlers. Nur wenn alle Mitglieder ihre Pflicht tun, pünktlich ihre Beiträge bezahlen, regelmäßig die Versammlung besuchen, und dort mitraten und mitbeschließen, nur dann kann etwas Positives für die Kollegen erreicht werden. Der Vorstand wird sich alle Mühe geben, die Versammlung interessant zu gestalten, durch belehrende Vorträge usw. Erkennen wir nun diese Mühe dankbar an, indem für uns in Zukunft die Parole lautet: Fleißiger Besuch der Versammlungen!!

Menden i. Westf. Am 4. März fand hier eine gutbesuchte öffentliche Versammlung statt. Frau Reibakter Köhling, und Bezirksleiter Winter referierten. Frau Köhling sprach über den Wert der Gewerkschaftlichen Organisation im Allgemeinen, sich im besondern an die Frauen mwendend, damit diese ihre Männer im Kampfe unterstützen und entwarf ein Bild über die gewerkschaftlichen Kämpfe und Ergebnisse des christlichen Metallarbeiterverbandes im Sauerland im Jahre 1905. Schlechte Löhne und noch schlechtere Behandlung sowie lange Arbeitszeit sei das Los der übergroßen Zahl der Arbeiter des Sauerlandes. Vieles zu bessern sei dem Verband in seiner stark zweijährigen Tätigkeit in dieser Gegend gelungen. W. hatten Kämpfen habe es dabei nicht geschle. Bei der Dörsel'schen Firma sei es gelungen, sowohl die Tage- als auch die Wochenlöhne zu erhöhen und ein tarifliches Verzeichnis mit der Firma festzulegen. In Sichtiger seien für die Arbeiter der Kettenindustrie nennenswerte Vorteile erzielt und raffiniert berechnete Wzünge abgewehrt worden. In

Alme hätten die Arbeiter eine Lohnzulage von 20 Pfg. pro Tag und einen Zuschlag von 50 Prozent für Sonntagsarbeit erzielt. Die Former von Bredelar hätten durch die Organisation sowohl 1904 als auch 1905 Lohnhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit erzielt. Der Bribener Streik sei zwar scheinbar zu ungunsten der Arbeiter verlaufen, indem es infolge der Streikbrecher nicht möglich war, einen Sieg zu erringen, indirekt hätten die Arbeiter trotzdem gesiegt, indem eine Lohnhöhung von 50 Pfg. pro Tag und Arbeiter die Folge des Kampfes gewesen seien z. B. Lippstadt seien bedeutende Erfolge für die Laternenklempner erzielt worden. Auch im Venne- und Wigg-tal sei die Tätigkeit des Verbandes von Erfolg gewesen. So habe es zwar eines zehnwöchentlichen Streiks bedurft, um den Arbeitern in Griebenbrück eine Lohnhöhung zu erkämpfen. Den Finnenwupper Walzwerksarbeitern sei auf Vorgehen des Verbandes der Arbeitslosgeld für ihre Arbeiten erhöht worden. Auch in Heggen, Utendorn und Listerwohl seien Erfolge erzielt worden.

Woll. Minter kam dann auf die Arbeitsverhältnisse von Menden zu sprechen. Auch hier seien Erfolge erzielt; so sind den Laternenklempnern durch die Tätigkeit des Verbandes, der Lohn um 50 Pfg. pro Schicht erhöht worden. Vieles sei noch zu tun. Eigenartig lägen die Arbeitsverhältnisse in Menden. Durch raffiniert ausgedachte Arbeits- und Entlohnungsmethoden hätten die Unternehmer es verstanden, die Arbeiter Mendens in ihrer Gewalt zu erhalten. Viele Arbeiter ständen bei den Unternehmern in Schuld. Zudem hätten die Mendener Fabrikanten teilweise gestützt von den Arbeitern sogenannte „Wohlfahrtseinrichtungen“ geschaffen, wodurch sie die Arbeiter mit silbernen und goldenen Ketten an sich gefesselt hätten. Auch die Arbeiter von Menden müssen sich ermannen, sich in Massen der Organisation anschließen, und für Verbesserungen ihrer Lage kämpfen. Die Arbeiter aus den andern Gegenden des Sauerlandes hätten bewiesen, was sich durch die Organisation machen lasse. Nur der Stand, der sich wehre, erreiche auch etwas.

Reicher Betrag lohnte die Redner. Hoffen wir, daß die Mendener Arbeiterschaft nun auch männlich ihre Pflicht tut und sich aufrast, sich dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen.

Malskatt-Burbach. Auf der Burbacher Hütte wurden 18 Mitglieder unseres Metallarbeiterverbandes entlassen wegen Zugehörigkeit zur Organisation. Darunter befindet sich der Vorsitzende der Zahlstelle Burbach und ein Arbeiter, der im vergangenen Jahre die „Verdienstfuhr“ erhalten hatte mit der Inschrift: „Für 25jährige treue Dienste in dankbarer Anerkennung. Die Verwaltung der Burbacher Hütte. 1880—1905“. Aus Anlaß der Entlassung fand hier eine von etwa 500 Metallarbeitern besuchte Versammlung statt. Nach einer Rede des Gewerkschaftssekretärs Wernerus aus Nachen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Metallarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von dem Verhalten der Betriebsleitung der Burbacher Hütte den christlich organisierten Arbeitern gegenüber. Entschieden protestieren die Anwesenden dagegen, daß den auf der Hütte beschäftigten Arbeitern, die bis zu 26 Jahren dem Werke treu gedient haben, gekündigt wurden, betrachten die Versammelten als eine Ungerechtigkeits. Umso mehr erschienen diese Maßnahmen als verwerflich, als von höchster Stelle offen ausgesprochen wurde, daß die christlichen Gewerkschaften für Staat und Gesellschaft nutzbringend wirken. Die in der Versammlung Anwesenden versprechen, mit allen rechtlichen Mitteln dahin zu wirken, daß die christlich gesinnten Metallarbeiter in den christlich-sozialen Metallarbeiterverband eintreten.“

Eine größere Anzahl der Anwesenden trat dem Verbands bei. — Also eine „goldene Uhr“ im Vorjahr und die Hungerpeitsche in diesem Jahr, das ist die berühmte Fürsorge für die alten treuen Arbeiter. Weiterer Kommentar ist überflüssig.

Hoffentlich lernen unsere Metallarbeiter an der Saar, daß ihre Hilfe allein in der Organisation liegt und sie sich jetzt massenhaft dem christlichen Metallarbeiterverbande anschließen.

Misburg. Um neues Leben in unsere kleine Ortsgruppe zu bringen, fand vorigen Sonntag hier eine Versammlung statt, zu der wir auch eine Anzahl nichtorganisierter Kollegen eingeladen hatten, die auch erschienen waren. Kollege Gimpel-Binden hielt einen längeren Vortrag über den Zweck und die Notwendigkeit der christlichen Organisation. In der darauf folgenden Diskussion forderten die inzwischen erschienenen Kollegen Leupke-Silbesheim und Rohland-Binden die anwesenden Kollegen auf, sich der Organisation anzuschließen. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse am Orte sind außerordentlich verbesserungsbedürftig. Daß aber ohne Organisation

keine dauernde Verbesserung zu erzielen ist, haben die hiesigen Arbeiter erst vor Wochen erfahren. Es erklärten dann auch neun Kollegen ihren Beitritt. Es wurde alsdann die notwendige Vorstandswahl vorgenommen. Zum Vorsitzenden wurden Doll. Janik, zum Kassierer Doll. Ujchka und als Schriftführer Doll. Kurant gewählt. Die selben versprachen, treu und eifrig ihre Pflicht als Vorstandsmitglieder zu erfüllen. Nachdem die auswärtigen Kollegen noch einmal alle Anwesenden aufgefordert hatten, nun fest zum Verbands zu halten und eifrig zu agieren, um auch alle übrigen Kollegen in Misburg für die Organisation zu gewinnen, wurde die Versammlung geschlossen.

Unseren Kollegen aber rufen wir zu: Auf zur Werbearbeit für unseren Verband, auf zur Hausagitation!

Marglsh. Am 11. März hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Dieselbe war der Mitgliederzahl entsprechend gut besucht. Der 2. Vorsitzende Kollege Jertwan erstattete den Jahresbericht. Nach demselben wurde zur Vorstandswahl geschritten. Vorsitzender, Kassierer und Schriftführer hatten ihre Namen niedergelegt. An ihre Stellen wurden neugewählt Adam Jertwan, als Vorsitzender, Andreas Benowitz als Kassierer, Julius Munkle als Schriftführer. Des weiteren wurde beschlossen, anstatt eine Versammlung monatlich, deren zwei stattfinden sollen und zwar am 2. und 4. Sonntage eines jeden Monats, um 11 Uhr vormittags, im Lokale des Herrn Holler, Wolfstr. 40. Nachdem noch Kollege Gahn aus Saar sehr lehrreiche Worte an die Versammlung gerichtet hatte, in denen er besonders die Kollegen zu regem Besuche und zu intensiver Agitation aufforderte, schloß unser Vorsitzender die Versammlung mit dem üblichen Grusse.

Neustadt a. S. (Pfalz). Ein Herr L—ich, nenne ihn Lüdke — bringt in der letzten Nummer einen Bericht über eine Versammlung des kath. Arbeitervereins Frankenthal, der von Unrichtigkeiten geradezu strömt. Tatsache ist, daß Diskussion war, in der Herr Lüdke, nachdem ich der christlichen Gewerkschaftsorganisation das Wort redete, auch „etwas beistuern“ wollte, aber mehr verdarb, als andere gut machten. Den Artikel des Herrn L. muß ich umso mehr bedauern, als der derzeitige Präses des kath. Arbeitervereins ein warmer Verteidiger der christlichen Gewerkschaftsorganisation ist. Daß letzterer dem Herrn L. das Wort entzog, hat dem Herrn Präses niemand verübelt — auch ich nicht — denn L. hat nicht mehr sachlich diskutiert, seine Ausführungen waren ein Sammelsurium von Angriffen, wie sie Deuten eigen sind, die nicht bloß mit dem kath. Arbeitervereine Frankenthal, sondern auch mit der am Orte befindlichen Zählstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes zerfallen sind. Am 7. Januar habe ich den Wunsch geäußert, daß Herr L. einmal Vernunft annehmen und mit den Freunden im katholischen Arbeitervereine einträchtig zur Förderung der Gewerkschaftsfrage zusammenarbeiten möge. Wenn Herr L. weiß, daß in dem kath. Arbeiterverein Frankenthal ein oder zwei Mitglieder vorhanden sind, welche die christlichen Gewerkschaften bekämpfen, sie verleumden, dann wäre es für ihn Pflicht gewesen, sich mit der maßgebenden Stelle des Arbeitervereins ins Benehmen zu setzen, damit Remedur geschafft wird. Das tut er aber nicht, sondern knurrt und rumpelt Leute an, die es ehrlich mit den christlichen Gewerkschaften meinen. Und das ist zum mindesten unartig.

Herrn L. ist dringend zu raten, vorsichtig zu sein. Wenn er nicht einlenkt und so weiter „arbeitet“, dann werden wir erleben, daß er bald bei denen ist, welche die christlichen Gewerkschaften aufs Messer bekämpfen und denen er auch schon seine „Leibschmerzen“ anvertraut hat.

Karl Bernzott.

Siegen. Die Erkenntnis, daß eine durchgreifende Vertretung der Arbeiterinteressen nur durch unsere christliche Zentralorganisation möglich ist, bricht sich auch hier im Siegerland mehr und mehr Bahn. Die Tatsache, daß der sogenannte Siegerländer Lokalverband mit seinen 10 Wfg.-Wochenbeitrag absolut nicht in der Lage ist, dasjenige zu leisten, was von einer Organisation verlangt werden muß, veranlaßte einen großen Teil der hiesigen Arbeiter zum Beitritt in unsern Verband. In einer am 25. Febr. stattgefundenen Versammlung, die vom Vorsitzenden des Lokalvereins, Kollegen Schlabach geleitet wurde, sprach Kollege Schmitz-Mühlheim über „Die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter.“

An der Hand der Verhältnisse unter denen besonders die Kollegen der Metallindustrie zu leiden haben, wies derselbe die unbedingte Notwendigkeit der Organisation nach. Die Ergebnisse der letzten

Jahre, die großen Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete, die gewaltigen Massenauflösungen müßten der Arbeiterschaft den Wert einer gut fundierten Organisation vor Augen führen. Der Aufschwung der Siegerländer Konjunktur mußte die Arbeiterschaft auf den Plan rufen zur gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen.

Gewerkschaftssekretär Behrens vom Gewerkschaftsbund christlicher Bergarbeiter schilderte in markanten Ausführungen die Arbeitsverhältnisse im Siegerland und forderte ebenfalls auf, sich unserem Verbands anzuschließen. Erheiternd auf die Versammlung wirkte der in der Diskussion vorgebrachte Ausspruch eines Führers des Siegerländer Lokalverbandes, der in der Generalversammlung desselben „vor großem Rasen warnte, weil die Arbeiter dadurch hoffärtig würden.“ In der überaus regen Diskussion sprachen sich alle Redner für den Uebertritt zu den Zentralverbänden aus. Die Versammlung zeitigte das schöne Resultat, daß sofort je eine Ortsgruppe unserer, sowie des Bergarbeiterverbandes, gegründet wurden. Annähernd 50 Kollegen traten allein unserem Verbands bei.

In einer weiteren, am 11. März stattgefundenen Versammlung wurde die Vorstandswahl getätigt, aus der hervorgingen als 1. Vors. Heinz Hill; 2. Vors. Heinz Werthenbach; 1. Kassierer Friedr. Hain, 2. Kassierer Andr. Gross; 1. Schriftführer Karl Prinz 2. Schriftführer Ferdinand Müller; Beisitzer Robert Kocher und Karl Burg.

Kollege Schmitz-Mühlheim erläuterte die Bestimmungen des Statuts, und wies auf die Erfolgs unserer Verbandsstätigkeit hin. Eine Anzahl Kollegen erklärten wiederum ihren Beitritt.

Mit voller Befriedigung können wir konstatieren, daß unser Verband im Siegerland andauernd Fortschritte macht. Auch in Kirchen (Sieg) hat sich die Gründung einer Ortsgruppe vollzogen.

Darum Kollegen, vorwärts! Unausgesehnt weiter gearbeitet, im Interesse des Verbandes und der Arbeiterschaft. Gott segne die christl. Arbeit.

Stolberg (Rhld.). Unser diesjährige Generalversammlung konnten wir erst am 18. Februar halten. Leider ließ der Besuch zu wünschen übrig. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick auf das verfloßene Jahr und knüpfte daran einen Ausblick auf das beginnende. Uebergehend zur Tagesordnung wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt, der dann versprach, sein möglichstes zur Förderung unserer Sache zu tun. Nachdem noch neun Delegierte zum Ortskartell gewählt waren, griff Kollege Meuser zum Wort zu einem Vortrage über: Die Notwendigkeit einer starken Kriegskasse. Ausgehend von den gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfen, des vorigen Jahres, zeigt Redner, wie notwendig es sei, dem wirtschaftlichen Uebergewicht der Unternehmer, das einzig im Kapital begründet sei, unsererseits ein möglichst starkes Kapital entgegenzusetzen. Die Erfahrung habe gelehrt, daß die Unternehmer der Verufe, in denen sich die Arbeiter eine starke und finanziell gut fundierte Organisation geschaffen, nicht so leicht mit den Arbeitern anbandelten, sondern lieber etwas zugeben, um einen Kampf, bei dem der Sieg sehr fraglich sei, zu vermeiden. Nur weil die Masse der Arbeiter sich noch nicht zu der Einsicht der Notwendigkeit finanzieller Opfer emporgeschwungen, dürfe ein Geh. Rat Kirdorf und mit ihm die große Mehrzahl der Unternehmer heute noch den Satz proklamieren: „Wir verhandeln nicht.“

Doch sei auch die mit erhöhten Beiträgen neu eingeführte Erwerbslosenunterstützung durchaus nicht zu unterschätzen. Heute, in der Zeit der Teuerung auf der ganzen Linie, komme der Arbeiter in gesunden Tagen mit seinem Verdienste kaum, zum Teil auch nicht aus. Da mache sich in kranken Tagen eine derartige Unterstützung als wahre Wohltat bemerkbar, zumal dafür nur ein so kleines Mehr zu zahlen sei, welches die Beiträge ums zehnfache wieder einbringt. Besser in guten Tagen ein Opfer bringen, an Beiträgen, als in arbeitslosen oder kranken Tagen dem Glend verfallen. Dieses möchten doch alle Kollegen wohl beherzigen und vor dem Beitrag von wöchentlich 50 Wfg. nicht zurückschrecken, dem Verbands beizutreten, sie würden es nie zu bereuen haben, umsoweniger, als hier in Stolberg der christliche Metallarbeiterverband, besonders auch auf den Hüttenwerken, große Vorteile errungen habe.

In der Diskussion wurde der neue Statutentwurf durchberaten und einige Abänderungen vorgeschlagen. Eine Kommission wurde zu diesem Zwecke gewählt, welche den Entwurf genau durchstudieren soll und eventuell Abänderungs-Vorschläge der nächsten Verbands-Generalversammlung zu unterbreiten.

Im verfloßenen Jahre ist die Ortsgruppe an Mitgliederzahl leider zurückgegangen. Die Bewegungen (Streiks) am Ende des Jahres 1904 hatten uns Mitglieder in hessen Haufen zugeführt, von denen aber im Voraus zu sagen war, daß sie nicht alle halten würden. Sie glaubten in der Organisation ein Zaubermittel zu haben, was ohne Mühe und Arbeit alles zu erreichen sei. Daß es aber harter zäher Arbeit und vor allen Dingen Opfer bedürfe, konnte diesen Leuten nicht einleuchten. Es fehlte die gewerkschaftliche Schulung. Nach innen ist jedoch eine merklliche Festigung und Kräftigung des Organisationsgedankens zu konstatieren. In praktischer Betätigung hat es die Ortsgruppe nicht fehlen lassen. Zu dem Zustandekommen der neuen Reichsliederverordnung war von hier aus durch Beibringung von Material an unsern Herrn Abgeordneten Maden viel beigetragen worden. Ferner haben wir eine Petition an den Reichstag, am „Sonntagsruhe an den drei höchsten Feiertagen“, in den Zinkhütten, gerichtet, die dann auch zur „Berücksichtigung“ dem Reichskanzler überwiesen wurde. In jüngster Zeit hat sich die Ortsgruppe noch an je einem Antrage zur Erhöhung des ortsüblichen Tageslohnes, und zur Heranziehung von Arbeitern als Schöffen am Gericht beteiligt.

Die Arbeitsverhältnisse in Stolberg haben sich seit der Tätigkeit der Organisation in verschiedenen Betrieben wesentlich gebessert. Ofters war es schon durch das Eingreifen des Verbandes möglich, schwerere Mißstände zu beseitigen. Die Wohnverhältnisse sind teilweise besser geworden. Die meisten Unternehmer beugen durch Entgegenkommen einem Konflikt mit der Organisation vor, was den Kollegen aber durchaus keinen Anlaß geben soll, jetzt dem Verbands den Rücken zu kehren, denn in letzter Linie ist es ja doch nur die Furcht, vor dem Verbands, die sie diese Maßnahmen ergreifen läßt.

Wenn wir nun bei diesem kurzen Rückblick auch sagen können, daß, wenn wir auch an Mitgliederzahl etwas verloren haben, wir doch nicht müßig gewesen und immerhin vieles erreicht.

Wir hätten aber mehr erreichen können, wenn die hiesige Arbeiterschaft mehr den Gedanken der Organisation erfaßt hätte. Vieles bleibt noch zu tun, kann aber nur erreicht werden, wenn die Arbeiter alle sich der Organisation anschließen. Deshalb Arbeiter, Arbeiterinnen von Stolberg, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Stadum-Beck. In unserer diesjährigen ordentlichen Generalversammlung, gab zuerst der Kassierer den Kassenbericht. Die Generalversammlung konstatierte, daß derselbe die Kasse gut geführt hatte, und wurde ihm vom Vorsitzenden im Namen der Versammlung Dank ausgesprochen und Entlastung erteilt.

Hierauf gab der Vorsitzende Kollege Schulz den Jahresbericht, dem folgendes zu entnehmen ist: 24 Mitgliederversammlungen fanden im Laufe des Jahres statt. Der Besuch derselben war leider mangelhaft, teilweise schlecht zu nennen. Ferner fand eine öffentliche und drei Betriebsversammlungen statt. Die Gesamteinnahme betrug 1037,82 Mk., an die Zentrale abgesandt 857,82 Mk., für Erweiterung der Bibliothek 48 Mk., für Anstrich des Vereinszimmers 10 Mk., an die Bezirkskasse wurden 75 Mark abgesandt. Die Kassenkasse weist einen Bestand von 258 Mark auf.

Wie an vielen anderen Stellen haben wir auch hier Erfolge, die durch den Verband bewirkt wurden, zu verzeichnen. Mit Hilfe der Organisation war es möglich, in einem Betrieb, in dem die Mehrzahl der Kollegen unserem Verbands angehört, einen Tarif abzuschließen und eine Lohn-erhöhung von monatlich 18—20 Mk. durchzusetzen.

Nun hätte man doch glauben sollen, die betreffenden Leute würden dem Verband treu bleiben und für denselben streben, aber weit gefehlt; eine Anzahl hat es vorgezogen, dem Verband feige den Rücken zu kehren. 20 Mark Lohn-erhöhung, aber keine 2 Mark übrig für den Verband. Derartige feiger Verrat der eigenen Organisation, durch die man Vorteile errungen hat, muß aufs schärfste verurteilt werden. Auch waren unsere Mitglieder an den Bewegungen auf der Hütte Rhönig in Huhren-Laar und Rheinische Stahlwerke beteiligt, wo außer Abwehrung von Lohnreduzierungen auch Verbesserungen in sanitärer Hinsicht erzielt wurden.

In den Vorstand wurden wiedergewählt: Kollege Schulz erster Vorsitzender, Köhl Kassierer und Schreurs Schriftführer. Von der Wahl weiterer Vorstandsmitglieder wurde Abstand genommen, da unsere Ortsgruppe mit Saar vereinigt ist und dort ein Hauptvorstand besteht. Alsdann gab der Vorsitzende noch einen kurzen Rückblick vom vergangenem Jahre, indem er die Kollegen ermunterte,

...antenden Jahre noch eifriger wie bisher an
...Ausbreitung unseres Verbandes zu arbeiten,
...Versammlungen zahlreich zu besuchen, dann wird
...es uns auch möglich sein, mehr Erfolge zu er-
...zielen.

Kollege Hahn aus Saar gab verschiedene Winke
und Ratsschläge betreffs der Agitation und sporn-
te seinerseits die Kollegen an, mehr Fleiß und Opfer-
freudigkeit an den Tag zu legen; jeder Kollege
müsse mitarbeiten und nicht den einzelnen die
ganze Arbeit überlassen. Dann wird unser Ver-
band auch immer mehr wachsen und erstärken. Mit
einem Hoch auf den christl.-sozialen Metallarbei-
terverband und besonders unserer Ortsgruppe wurde
die Generalversammlung beschlossen.

Horbach. Eine öffentliche Versammlung des
christlichen Metallarbeiterverbandes fand am 4. März
statt, wozu sich eine große Anzahl Horbacher Bürger
aller Stände eingefunden hatte.

Gewerkschaftssekretär Berner referierte über das
Qualifikationsrecht und den freien Arbeitsvertrag. Red-
ner verstand es, in 1 1/2 stündigem Vortrage die Ver-
sammlungen von der Wichtigkeit des Paragraphen 152
der Gewerbeordnung zu überzeugen. Daß es deshalb
Pflicht eines jeden Arbeiters ist, sich der christlichen
Organisation anzuschließen und an dem Ausbau
des Qualifikationsrechtes mitzuarbeiten. Alsdann kam
Redner auf den freien Arbeitsvertrag zu sprechen,
daß dieser zwar im Paragraph 105 der Gewerbe-
ordnung frei auf Papier stünde, aber in bezug auf
uns Arbeiter ohne Organisation niemals frei ange-
wandt werden könnte. Zum Schluß hob Redner die
Vorteile hervor, welche der christliche Metallarbei-
terverband seinen Mitgliedern in jeder Lebenslage bie-
tet und forderte alle Unorganisierte auf, sich den
christl. Gewerkschaften anzuschließen.

In der Diskussion sprach als erster Kollege
Merfeld über die Notwendigkeit des Zusammen-
schlusses der Arbeiter und zwar in der christlichen
Organisation. In einer martigen Rede verstand Kol-
lege Wolters es, uns zu beweisen, daß die freien
Gewerkschaften nur auf den Boden des Antichristen-
tums gebaut und nur politische Parteidendenzen ver-
folge. Aus den Ausführungen des Herrn Wikars
Rüben bemerkten wir, daß unsere christliche Orga-
nisation schon bei der Staatsregierung warmes In-
teresse empfunden hätte. Zum Schluß führte unser
Vorsitzender, Kollege Schmitz, uns den Kammer-
rentenkassenschwindel vor Augen, welcher unter so-
zialdemokratischer Führung stand, und gebot äußerste
Vorsicht bei solchen Wahlen. Der letzte Appell un-
seres Vorsitzenden, den christlichen Gewerkschaften
beizutreten, war mit Erfolg gekrönt, indem wir
zum Schluß unserer Versammlung eine Anzahl neue
Aufnahmen zu verzeichnen hatten.

Einzheim. Auf der hiesigen Blechwarenfab-
rik war wegen Maßregelung ein Streit ausgebro-
chen, welcher nach 14tägiger Dauer durch eine ge-
meinsame Uebereinkunft beigelegt wurde. An den
Unterhandlungen nahm die hiesige Fabrikinspektion
und als Vertreter unseres Verbandes Kollege Sche-
rer-Diffenbach teil, sowie ein Vertreter des Nichtig-
weidlichen und Transportarbeiterverbandes.

Es wurde nachstehender Vertrag abgeschlossen:

1. Keinem Arbeiter soll aus seiner Zugehörigkeit
zu einem Verbands ein Nachteil noch Maßregelung
erwasen.
2. Sämtliche Arbeiter werden sofort wieder ein-
gestellt.
3. Arbeitszeit 10 Stunden (früher 11).
4. Warden Minimallöhne für Arbeiter, minder-
jährige und Arbeiterinnen festgesetzt, was früher nicht
war. Außerdem von Ostern ab für die älteren eine
Zulage von 10 Pfg. pro Tag.

Ein toller Erfolg ist es, was errungen wurde.
Selbstverständlich müssen die Kollegen jetzt fest zur
Organisation halten. So hat die Maßregelung das
Böse gewollt und doch das Gute geschaffen, durch
dieses wurden also noch Verbesserungen erzielt.
Arbeiter! haltet deshalb fest zur Organisation!

Welsert. Am 10. d. Mts. hielten wir un-
sere regelmäßige Versammlung ab, welche aus-
nahmenseitig gut besucht war; standen doch auch wich-
tige Punkte zur Verhandlung: 1. Freistellung eines
Beamten für das bergische Land, und 2. die jetzige
Fortbewegung, wozu auch Kollege Broidich anwe-
send war.

Nach Eröffnung der Versammlung durch den
Vorsitzenden H. Neumann, erstattete derselbe Be-
richt von der letzten Bezirkskonferenz in Barmen,
wo Bezirksleiter Winter es den Delegierten empfoh-
len habe, einen zweiten Beamten freizustellen, da

er allein gegen 16 freigestellte Beamte freier und
Hirsch-Dunderscher Richtung zu kämpfen habe und
solches auf die Dauer von großem Nachteil für
uns sein müßte.

Nachdem der Vorsitzende dieses den Anwesenden
warm empfohlen, entspann sich eine lebhafte De-
batte hierüber, in welche auch Kollege Broidich ein-
griff, die Notwendigkeit dieser Maßnahmen erläuternd und
beschloß Versammlung fast einstimmig, von einem
noch näher zu bezeichnenden Zeitpunkt den Beitrag
um 5 Pfg. pro Woche zu erhöhen.

Hierauf referierte Kollege Broidich über die jetzige
Fortbewegung, dabei hauptsächlich betonend, nach
allem vorausgegangenem grundsätzlich jedes Zusam-
mensehen mit den freien zu vermeiden, jedoch
könnten, wenn es sich um Abstellung von Mißständen
handele, und Aussicht auf Erfolg vorhanden, Aus-
nahmen gemacht werden, müßten aber trotzdem un-
ter allen Umständen unsere Selbstständigkeit wahren.

In der darauf folgenden Diskussion wurde all-
gemein zugestimmt, namentlich wurde auf die üblen
Erfahrungen von der vorjährigen Aussperrung hin-
gewiesen, die wir bei dem Zusammengehen gemacht
hätten.

Nach Erledigung einiger lokaler Angelegen-
heiten nahm unser Vorsitzender Neumann das Wort,
ernahnte die Anwesenden dringend, die Versammlun-
gen fleißig und pünktlich zu besuchen, unsere
neu angelegte, mit allen nützlichen und wissens-
werten Büchern ausgestattete Bibliothek fleißig zu
benutzen und mit aller Kraft für den Verband zu
agitieren, vor allem Hausagitation zu betreiben und
schloß mit dem üblichen Grusse die Versammlung.

Nun, Kollegen von Welsert, zeigt, daß ihr nicht
nur Versprechungen machte, sondern denkt: ein
Mann ein Wort; zeigt, daß ihr christlich organi-
siert seid und für den Verband einzutreten mit
allen Kräften bereits seid.

Thale a. S. Auch auf dem hiesigen Stanz-
und Emailierwerk haben wir eine Bewegung zu ver-
zeichnen, welche zu Gunsten der Arbeiter ver-
laufen ist.

Nachdem bereits vor vier Wochen auf hiesigem
Werk (Abteilung Stanzwerk), erste und zweite
Stanze, für die Sommermonate 1. April bis 1. Okt.
eine Zulage (Prämie) von 40 Pfg. bewilligt wurde,
zahlbar am 1. Oktober und die Stanzler sich damit
zufrieden gaben, hat man auch versucht, am 5.
März im Emailierwerk die ersten und zweiten
Brenner eine Prämie von 40 resp. 30 Pfg. zuzu-
sichern, während die andern Gehilfen und Arbeiter
leer ausgehen sollten.

Diese Taktik sollte die Leute zum Sommer ans
Werk fesseln. Es arbeiten an jedem Ofen mit dem
Brenner 10 Mann. Außerdem ist der Unterschied
im Lohn zwischen Brenner und Gehilfen ein zu
hoher, er würde danach 1,20 betragen haben. Aus
diesem Grunde, weil einige wenige Arbeiter etwas
verdienen sollten, die anderen meisten aber nicht,
so entsprang die Unzufriedenheit, die dazu führte,
daß sämtliche Arbeiter (außer den Brennern) 450,
die Arbeit sofort niederlegten. Eine im Laufe des
Tages gewählte Kommission sollte mit der Direk-
tion verhandeln, wurde aber nicht vorgelassen. Sie
sollten erst die Arbeit wieder aufnehmen. Am
Abend fand eine große Versammlung statt, in wel-
cher circa 700 Personen anwesend waren. Es wurde
der Beschluß gefaßt, am andern Morgen die Arbeit
vollständig wieder aufzunehmen, was auch geschah.
Die Kommission wurde Mittwoch zum Betriebschef
gerufen, um mit ihm zu unterhandeln. Zuvor hat-
ten sich die Brenner mit den übrigen solidarisch
erklärt und zugunsten einer allgemeinen Aufbesser-
ung auf ihre Prämie verzichtet. Die Sache wurde
in der Weise geregelt, daß die Brenner 30 Pfg.
Prämien pro Tag erhalten, während die übrigen
Arbeiter 80 und 60 Prozent der Prämie erhalten.

Bei dieser Gelegenheit haben die Arbeiter auch
eingesehen, daß die Organisation notwendig ist und
traten eine große Anzahl der Organisation bei.

Sagen. Die am 11. März stattgefundene Ver-
sammlung hat beschlossen, den jetzigen Kollegen
E. Treute (Buch Nr. 7802) wegen rückständige Bei-
träge und unbilligem Verhalten aus dem Ver-
bande auszuschließen.

Briefkasten der Redaktion.

Der diesmaligen Nummer liegen die Abrech-
nungsumulare und Mitgliederlisten für das zweite
Quartal 1906 bei. Die Formulare haben einige

Veränderungen erfahren; es wird dringend ermahnt, da
Ausfüllung derselben die größtmögliche Genauigkeit
zu verwenden, was bis jetzt nicht überall geschehen
ist. Ein Teil der Ortsgruppen machen die Angaben
sehr genau, dagegen ist bei einigen große Nachlässi-
gkeit zu verzeichnen. In Zukunft werden diejenigen
Ortsgruppen, welche allen Ermahnungen zum Trotz,
im gewohnten Schlandrian verharren, im Degan be-
kannt gegeben werden.

Des ferneren sei nochmals darauf aufmerksam
gemacht, daß die zugewandten Arbeitlosenzählkarten
des Kaiserlich Statistischen Amtes sofort am Doro-
talschloß, also am 31. März, ausgefüllt werden
müssen und an die Zentrale abzusenden sind. Auf
der Karte steht zwar die Adresse der Privatwohnung
des Verbandsvorsitzenden angegeben, nicht die Ge-
schäftsstelle, doch kommt dieselbe schon bei der Ge-
schäftsstelle an. Wir erwarten, daß die Kollegen
pünktlich und mustergerüstig die notwendigen Arbeiten
ausführen.

An Verschiedene. Wenn ein Gewerkschaftsbeam-
ter eine Agitationsreise unternimmt, dann kann die
Zentrale wohl den Tag, aber nicht die Stunde be-
stimmen, wann derselbe an den betreffenden Orten
eintrifft. Besteres ist Sache des Agitators selbst,
frühzeitig genug den Kollegen Mitteilung zugehen
zu lassen.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen besucht die Versammlungen, werbet
Mitglieder für den Verband.

Breslau. Die hiesige Ortsgruppe unseres Verbandes hat
eine Stellenvermittlung (Arbeitsnachweis) eingeführt. Wir er-
suchen alle Ortsvorstände, dies in ihren Versammlungen bekannt
zu geben und etwa nach hier wandernde Kollegen auf diese Ein-
richtung hinzuweisen. Als Stellenvormittler ist Kollege Krüger
Breslau VII, Sabowstr. 65^b bei Nibel, (Nähe des Hauptbahn-
hofs) gewählt worden. Derselbe hält 1 stündig Sprechstunde von
12 1/2—1 1/2 Uhr mittags und von 7—8 Uhr abends

Bscholt. Sonntag, den 1. April, morgens 11 Uhr bei
Jamping Vortrag.

Quisburg. Sonntag, den 25. März bei Koppenburg,
Wanheimerstraße.

Flensburg. Mittwoch, den 28. März, abends 8 Uhr öffentl.
Versammlung im „Nordischen Hof“. Referent Kollege Ditzfischer
aus Eten.

Gelsenkirchen. Sonntag, den 25. März, abends 7 Uhr bei
Hilbera, Molkereplatz.

Kalk. Sonntag, den 25. März, morgens 10 1/2 Uhr bei
Schorob.

Silberf. Montag, den 26. März, abends 8 Uhr öffentliche
christliche Gewerkschaftsversammlung im Fabrik-Gewerkschaftshaus,
Johannesstraße 25. Referent Ditzfischer, Eten. Es ist Pflicht aller
Kollegen, zu erscheinen.

Wiesburg. Sonntag, den 8. April, morgens 11 Uhr in
Mairsaarten.

Waderborn. Sonntag, den 25. März bei Mues, Kleiner
Domplatz.

Sterkrade. Sonntag, den 25. März, nachmittags 5 1/2 Uhr.

Thale a. S. Sonntag, den 25. März, nachm. 3 Uhr im
B. für die große christl. Gewerkschaftsversammlung.

Wingst. Samstag, den 24. März, abends 1/2 9 Uhr b. Flohe.

St. Gallen (Schweiz). Gesucht tüchtige Maschinen-
flachner (Klempner).

Auskunft St. Gallen, Löwengasse 4, 3. Stock.

Frankfurt a. M. Eine Anzahl Schlosser
für feinere Eisenkonstruktions-Arbeiten gesucht. Zu melden
Arbeitersekretariat Frankfurt a. M., Crieschwegasse 3 I.

Restauration zur Post
Vingst bei Cöln.
Vereinslokal der christlichen Gewerkschaft
hält sich bei Ausflügen den Kollegen bestens empfohlen.
Salzstelle der Kleinbahn Cöln-Königsforst.
Hochachtungsvoll Jakob Flohe.

Der Metallarbeiter
Fünfte
vergröß.
u. verbess.
Ausgabe.
enthält:
Gärten, Prägen, Drehen, Zeitberechnung zum Drehen größerer Gegen-
stände auf der Planant. Berechnung der Tourenzahl von Maschinen.
Ramschdrehen mittels Reifstock und Support. Sämtliche Gewinde-
berechnungen nach Whitworth und Millimeter-Steigung. Gewinde-
tabellen für alle vorkommenden Gewinde. Konstruieren von Zahnrädern,
Prägen derselben, sowie die Spiralfederer etc. etc. Viele Anmerkungen.
1 Stück 2 M., auch in Briefmarken, per Nachnahme 2,20 M.,
2 Stück 4 M., 3 Stück 5,90 M., 5 Stück 9 M., 10 Stück 18 M.
bei freier Zusendung, bei 10 Stück ein Freieremplar.
Zu beziehen durch
Const. Haas, Köln a. Rh. Lützow-
straße 19.